Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite m Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 9 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Dienstag, 12. Januar 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Um Hindenburgs Amtszeit

Hitler und Hugenberg lehnen parlamentarische Verlängerung ab

Nach einer Conti-Meldung hat die angekündigte Besprechung zwischen Adolf Hitler und Dr. Hugenberg Montag nachmittag stattgefunden. Sie dauerte bis in den Abend hinein. Wie in den beteiligten Kreisen verlautet, hat sie zu einer Einigung geführt.

Die beiden Parteiführer werden dem Reichskanzler in einem Schreiben mitteilen, daß sie den verfassungsändernden, also den parlamentarischen Weg einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ablehnen. In unterrichteten Kreisen rechnet man aber damit, daß die Antwort die Möglichkeit einer Volkswahl Hindenburgs auf breiter Basis nicht verschließt.

Auch der Stahlhelm

Auf einer Führertagung des Stahlhelms, Gau Thüringen, erklärte Düsterberg zur Reichspräsidentenfrage u. a.:

Der Stahlhelm lehnt eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ab.

Die Staatspartei stimmt den Bemühungen Brünings zu

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei, Dr. Weber und Dr. Meyer, und gab ihnen über die von ihm eingeleiteten Schritte zur Präsidentenwahl Auskunft. Die Vertreter der Staatspartei brachten ihre volle Zustimmung zu den Bemühungen um eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg zum Ausdruck. Im Anschluß daran wurden Fragen der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik besprochen.

Die Antwort der Rechten

Wie wir erfahren, werden die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen die Antwort auf die Frage des Kanzlers wegen der Amtszeit des Reichspräsidenten getrennt erteilen. Die beiden Schreiben stimmen, wie schon gemeldet, in der **Ablehnung des parlamentarischen Weges der Verlängerung** überein, dagegen ist anzunehmen, daß die **Frage der Volkswahl taktisch verschieden behandelt** wird. In deutschnationalen Kreisen stellt man sich auf den Standpunkt, daß der Kanzler nur eine konkrete Frage gestellt hat, nämlich die nach der parlamentarischen Lösung, und daß deshalb auch nur hierauf eine Antwort zu geben sei. Dagegen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß in dem Schreiben Adolf Hitlers die Möglichkeit der Volkswahl berührt wird, so daß damit ein direkter Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen nach dieser Richtung hin gegeben sein dürfte.

Wie die Dinge sich weiter enwickeln werden, läßt sich erst übersehen, wenn der Wortlaut der beiden Schreiben bekannt geworden ist. Die Veröffentlichung hat sich bisher verzögert, weil die Nationalsozialisten länger an der Formulierung ihres Briefes zu arbeiten hatten. In politischen Kreisen spricht man auch von der Möglichkeit, daß der Faden nun auch vielleicht von den Parteien selbst oder einzelnen parlamentarischen Persönlichkeiten weitergesponnen werden kann, zumal die Deutschnationalen grundsätzlich dagegen sind, daß die Verhandlungen von der Reichsregierung geführt werden. Dann würde die ganze Frage also in eine neue Phase treten. Ob die Entwicklung so und wann sie weitergeführt wird, muß aber zunächst abgewartet werden. Im Laufe des Tages hat übrigens auch Staatssekretär Meißner verschiedentlich mit der Führung der Nationalsozialisten gesprochen, und darauf dürfte wohl auch die konziliantere Fassung der nationalsozialistischen Antwort mit zurückzuführen sein.

Die deutschnationale Begründung

Von deutschnationaler Seite wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß in der Annahme des Vorschlages Brünings, die Präsidentenwahl durch den Reichstag vornehmen zu lassen, zugleich eine Vertrauenskundgebung für den Kanzler zu sehen gewesen wäre. Zu einer solchen Vertrauenskundgebung für Brüning sei aber für die Deutschnationalen kein Anlaß gegeben. In voller Uebereinstimmung mit dem Stahlhelm halte man an dem Standpunkt fest, daß eine parlamentarische Lösung nicht eine Machtstärkung der Stellung des Reichspräsidenten bedeuten würde, sondern im Gegenteil eine Vermehrung der Machtbefugnisse des Reichstages herbeiführen würde.

Der den Deutschnationalen nahestehende „Schnelldienst" weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Hinblick auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen in Lausanne eine Wiederholung solcher Versuche — auch in abgeänderter Form oder getarnt — eine Gefahr bedeuten würden.

Erst im Februar neue Fühlungnahme?

Die Tel.-Union meldet aus Berlin, 11. Januar: Mit der Ueberreichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers an den Reichskanzler dürfte die Aktion Brünings abgeschlossen sein. Irgendwelche weiteren amtlichen Schritte zur Klärung der Frage der Wiederwahl Hindenburgs durch das Volk werden in unterrichteten Kreisen jedenfalls vorerst nicht erwartet, es sei denn, daß die Parteien untereinander hierüber Besprechungen abhalten. Man nimmt an, daß erst etwa Anfang Februar von der zuständigen Stelle mit den Parteien darüber Fühlung genommen werde, ob es möglich ist, Hindenburg als gemeinsamen Kandidaten der Rechts- und Mittelparteien möglicherweise auch der Sozialdemokratie wiederaufzustellen.

Für den genaueren Zeitpunkt hierfür dürfte die Frage von Bedeutung sein, wann der Reichstag wieder zusammentritt, da er dann u. a. die Frage zu erledigen haben wird, wann die verfassungsmäßige Neuwahl des Reichspräsidenten zu erfolgen hat. Die Neuwahl muß bis zum 5. Mai erfolgt sein.

Ursprünglich war der 13. März für den ersten Wahlgang in Aussicht genommen. Es ist aber nicht unmöglich, daß dieser Termin nun auf einen früheren Tag angesetzt wird. Im Falle der Zustimmung Hindenburgs zu einer Wiederaufstellung als Präsidentschaftskandidaten wird vermutlich nur ein kommunistischer Gegenkandidat aufgestellt werden und eine Wahl Hindenburgs im ersten Wahlgange würde dann gesichert sein.

Der Reichskanzler dürfte wahrscheinlich im Laufe des Dienstags dem Reichspräsidenten Bericht über seine Verhandlungen erstatten.

Veröffentlichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers erst Dienstag

Mit der Veröffentlichung der Briefe Hugenbergs und Hitlers ist laut einer T.-U.-Meldung erst im Laufe des Dienstags zu rechnen.

Zwei Knaben tödlich verunglückt — Nicht ans Auto hängen!

Aus Gladbeck, 11. Jan., wird gemeldet: Am Montagnachmittag wollten die beiden zehn und zwölf Jahre alten Gebrüder Helmut und Herbert Reich aus der Rheinbabenstraße ihrem Vater, dem Feuerwehrmann Gustav Reich, der auf dem Luftschacht in Gladbeck mit Aushilfsarbeiten beschäftigt ist, das Mittagessen bringen. Die beiden Knaben erkletterten einen in Fahrt befindlichen Lastzug. Durch irgendeinen Umstand stürzten sie herunter und trugen schwere Verletzungen davon. Während Helmut bereits auf dem Wege zum Krankenhause seinen Geist aufgab, starb Herbert kurz nach der Einlieferung. Wie die Untersuchung ergab, soll den Führer des Lastzuges keine Schuld treffen.

Schwerer Sturm im Aermel-Kanal

Aus London, 11. Januar, wird gemeldet: Seit Samstag herrscht im Aermelkanal schwerer Südwest-Sturm. Viele Fahrzeuge mußten in den Häfen Zuflucht suchen. So brachten sich drei Zerchörer, die auf dem Wege nach Portsmouth waren, im Hafen von Portland in Sicherheit. Zwei Fahrzeuge gingen unter; ihre Besatzungen konnten von den ausgelaufenen Küsten-Rettungsbooten geborgen werden. Die aus französischen und belgischen Häfen eintreffenden regelmäßigen Kanaldampfer konnten zum Teil erst nach wiederholten Versuchen in ihre Bestimmungshäfen einlaufen. In Teilen von Südengland und Wales gab es infolge dreißigstündiger wolkenbruchartiger Regengüsse große Ueberschwemmungen. Am Sonntagabend flaute der Wind etwas ab; für heute ist jedoch neuer Südweststurm vorausgesagt.

Die Vorspiele zu Lausanne

Wiens „Reichspost" zu Brünings Erklärungen

Zu der Erklärung Brünings über die Haltung Deutschlands auf der Lausanner Konferenz schreibt die Wiener „Reichspost", die Ausführungen des Reichskanzlers seien von entscheidender Bedeutung, weil sie von einem führenden Staatsmann kämen, der sich auch in dem gefährlichsten Augenblick der Krise niemals von Regungen des Temperaments hinreißen lasse und der über den berechtigten Wünschen Deutschlands niemals die Voraussetzungen für eine freundschaftliche internationale Zusammenarbeit in Europa vergessen habe. Was Brüning sage, sei nichts anderes als die praktische Schlußfolgerung aus dem Bericht, den die Sachverständigen in Basel veröffentlichten.

Wie verhält sich Frankreich?

Die Agentur Havas meldet, daß die französische Regierung ihr Verhalten angesichts der Erklärung des Reichskanzlers über die Einstellung der Reparationszahlungen noch nicht festgelegt habe. Der Ministerrat werde zweifellos am Dienstag hierüber beraten. Auf jeden Fall dürfe man annehmen, daß Frankreich zur Reparationskonferenz, die am 25. Januar in Lausanne zusammentrete, erscheinen werde. Auch scheine man in offiziellen Kreisen nicht daran zu denken, an den Internationalen Gerichtshof im Haag zu appellieren, was für den Fall einer absichtlichen Verletzung des Youngplanes durch Deutschland vorgesehen sei.

Daraus folge jedoch nicht, daß die französische Regierung, falls die deutschen führenden Kreise bei ihrer Absicht beharren sollten, ohne jede Waffe dastehe. Die Sachverständigen wiesen z. B. darauf hin, daß es möglich wäre, eine besondere Besteuerung nach Art des englischen Rocovery-Act für deutsche Einfuhrerzeugnisse zu schaffen, womit ein besonderer Reparationsfonds gespeist werden könnte. Andererseits habe die französische Regierung bekanntlich die Bank von Frankreich ermächtigt, im Juni vergangenen Jahres an einer weitgehenden Kreditoperation zugunsten der Reichsbank teilzunehmen. Das entsprechende Darlehen laufe nach wiederholter Erneuerung im Februar ab. Die französische Regierung werde deshalb in Erwägung zu ziehen haben, ob Anlaß vorliege, es zu erneuern.

Pariser Blätterstimmen

Auch **„Echo de Paris"** äußert sich im Sinne der von der Agentur Havas angegebenen möglichen Maßnahmen der französischen Regierung. Das Blatt stellt im übrigen fest, daß die französisch-englischen Sachverständigen-Verhandlungen nur schwer vorankämen. Sir Leith-Roß bestehe immer noch auf einem fünfjährigen Moratorium. Frankreich verlange nur noch, daß Deutschland für den ungeschützten Teil Reichsbahnobligationen deponiere, aber lediglich in der Bank für internationale Zahlungen, und zwar in Höhe des Kapitalwertes der ungeschützten Annuitäten. Leider habe, sagt das Blatt, Macdonald geglaubt, eine Erklärung abgeben zu sollen, in der der Reichskanzler sicher eine Ermutigung erblicken werde. Das Blatt Daladiers, **„La Republique"**, schreibt: Wir glauben, daß die endgültige Streichung die vernünftige Lösung bleibt, wie sie durch die Umstände aufgezwungen wird. Aber wir glauben nicht weniger, daß diese Geste nur einen Sinn und Wert hat, wenn sie den Beginn einer Politik enger Verständigung mit Deutschland bildet. Wir glauben, daß man ein für allemal nicht im Geiste von Versailles, sondern im Geiste von Locarno alle Fragen liquidieren muß, die alle Beziehungen zwischen unseren Nachbarn und uns verschärfen könnten. Wir glauben endlich, daß Frankreich, wenn es darauf verzichtet, von Deutschland Geld zu erhalten, ehrlich und entschlossen erklären muß, daß es selbst außerstande ist, seine Schulden bei den Vereinigten Staaten zu bezahlen. **„La Volonte"** erklärt: Man muß darauf hinweisen, daß der deutsche Regierungschef laut heraus erklärt hat, was jeder Deutsche bei sich denkt und was Millionen Menschen in der ganzen Welt einschließlich vieler Franzosen meinen. Gewiß, wenn der Reichskanzler erklärt hätte, daß ein Land bereits jetzt entschlossen sei, nichts mehr, überhaupt niemals mehr einen Pfg. für die Reparationen zu zahlen, dann würde Flandin, der zweifellos ein wenig voreilig gesprochen hat, mit Recht haben feststellen können, daß die Lausanner Konferenz sich nicht mehr sehr rechtfertigen lasse. Nun scheint aber Dr. Brüning nicht so weit gegangen zu sein. Er hat keine revoltierende Stellung eingenommen, sondern einfach eine Erklärung völliger Zahlungsunfähigkeit für den Augenblick und wahrscheinlicher Zahlungsunfähigkeit für die Zukunft abgegeben. Durch diese deutsche Geste wird nicht etwa der Reparationsgrundsatz, sondern der Grundsatz der Respektierung der Haager Abkommen mitten ins Gesicht getroffen. Das brauche, schreibt das Blatt weiter, nicht zu überraschen; denn seit Wochen habe man festgestellt, daß die Lausanner Konferenz nichts regeln könne, ohne den Rahmen des Young-Planes zu verlassen. Man müsse auf jeden Fall ganz Neues erreichen oder überhaupt nichts.

Der französische Abgeordnete Cot für Streichung der Reparationen

Der radikale Abgeordnete Cot sagte in einem Interview, was Brüning laut in einer „etwas brutalen Form" zum Ausdruck gebracht habe, sei nur das, was innerlich jeder denke; nämlich, daß es Zeit sei, mit dem aufreizenden und heuchlerischen Problem der Reparationen aufzuräumen. Die Reparationen hätten der Welt schon mehr Uebles angetan als Frankreich Gutes.

Macdonald über die Notwendigkeit der Lausanner Konferenz

In einem Interview bemerkte Macdonald mit Bezug auf Dr. Brünings Erklärung zur Reparationsfrage, daß die Politik und der Standpunkt der englischen Regierung nur am richtigen Platz und zur richtigen Zeit bekanntgegeben werden könnten. Vorderhand könne gesagt werden, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Lage, wie sie durch den Bericht der Sachverständigen dargetan worden ist, und in Anbetracht der innerpolitischen Probleme Deutschlands es nicht unwahrscheinlich sei, daß irgendeine solche Erklärung, wie die Dr. Brünings, auf der Lausanner Konferenz gemacht werden würde. Die Tatsache, daß sie bereits abgegeben worden ist, mache jene Konferenz noch notwendiger denn je. Denn es sei unmöglich, die Dinge so zu lassen, wie sie sind. Die gegenwärtige Lage sei das Ergebnis internationaler Abmachungen, und eine internationale Konferenz sei deshalb nötig, um sich mit ihr zu befassen.

Lansbury sagt: „Schwamm drüber!"

In einem Interview beschäftigt sich der Führer der Opposition, Lansbury, mit den letzten Entwicklungen der Reparationsfrage und erklärte, der Standpunkt der englischen Arbeiterpartei sei: „Schwamm drüber!" Er meinte: „Wir sollten Amerika und der Welt sagen, daß wir weder Reparationen erhalten, noch Kriegsschulden bezahlen wollen!"

Englische Blätter begrüßen Deutschlands Auffassung

Die Erklärungen des deutschen Reichskanzlers über die Reparationsfrage werden von allen englischen Blättern erörtert. So sagt das Arbeiterblatt **„Daily Herald"**: Dr. Brünings Erklärung ist eine nützliche Einleitung zur Konferenz von Lausanne. Jeder mit Wirklichkeitssinn begabte Politiker und Staatsmann weiß, daß Deutschland nie wieder Reparationen bezahlen wird. Deutschland hat nichts weiter getan, als einer kindischen Maskerade ein Ende gemacht. Von einer geschlossenen Front der Gegner kann keine Rede sein. Den gleichen Gedanken äußert auch **„News Chronicle"** und bemerkt: Die Engländer haben die Reparationskrisen herzlich satt und freuen sich, daß Deutschland „den Kuchen angeschnitten hat". Auch die drei großen konservativen Blätter zeigen volles Verständnis für die deutschen Argumente. **„Times"** bemerken, wenn man die Erklärung Dr. Brünings lediglich als Mitteilung der Auffassung betrachte, die Deutschland in Lausanne vertreten werde, dann enthalte sie nichts besonders Neues oder Ueberraschendes. Jeder Kenner des Baseler Berichts mußte erwarten, daß Deutschland völlige Beseitigung der Reparationen fordern werde. Die Hauptfrage für die Lausanner Konferenz sei, ob es irgendeine wirkliche Aussicht auf Erholung Deutschlands gebe, solange über seinem Kopfe die Möglichkeit schwebe, zur Wiederaufnahme der Zahlungen aufgefordert zu werden. Von der Lösung dieses Problems hänge so viel für Deutschland wie für seine Gläubiger ab, daß es bei der Erörterung keine politische Erwägung irgendwelcher Art geben dürfe. Es komme nur auf wirtschaftliche Realitäten an. **„Daily Telegraph"** sagt, daß Deutschland jetzt keine Reparationen bezahlen kann, ist klar genug, aber daß es unfähig sein würde, in drei oder fünf Jahren etwas zu bezahlen, kann heute niemand behaupten. **„Morning Post"** drückt die Befürchtung aus, daß der Verweigerung der Zahlung der politischen Schulden eine Verweigerung der Zahlung der kommerziellen Schulden folgen könne. Von den unabhängigen Blättern vertritt **„Daily Mail"** die Ansicht, daß Frankreich schließlich einer wesentlichen Herabsetzung der Reparationen zustimmen werde. **„Daily Expreß"** sagt, die Hauptsache sei, daß die deutschen kommerziellen Verpflichtungen von der Erklärung Dr. Brünings unberührt bleiben. Von den Finanzblättern sagt **„Financial News"**, die Beendigung der Zahlung der Kriegsschulden in irgendeiner Form sei besser als ihre Fortsetzung. Auf jeden Fall werde immer klarer, daß England auf der Konferenz eine entscheidende Rolle spielen müsse. Da die Vereinigten Staaten gegenwärtig für eine völlige Annullierung nicht zu gewinnen seien, müsse danach gestrebt werden, die politischen Schulden auf ein für Schuldner und Gläubiger erträgliches Maß herabzusetzen.

Italien will Verständnis zeigen

Aus Rom, 11. Januar, wird gemeldet: Der Vorsitzende des Baseler Sonderausschusses, Beneduce, hat heute vormittag mit dem italienischen Außenminister Grandi eine längere Unterredung. Beneduce begibt sich heute abend nach Paris, wo in den nächsten Tagen Vorbesprechungen über das Reparationsproblem zwischen dem Sachverständigen Frankreichs, Englands und Italiens stattfinden. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird es als nicht ausgeschlossen bezeichnet, daß auch noch ein Gedankenaustausch zwischen Italien und deutschen Sachverständigen erfolgen wird. Die Entwickelung, die die Reparationsfrage mit dem Interview des Reichskanzlers an das WTB. genommen hat, war, wie weiter erklärt wird, von der italienischen Außenpolitik seit einiger Zeit in den Bereich des Möglichen gezogen worden. Man verweist darauf, daß Italien stets großes Verständnis für die Deutschland aus dem Reparationsproblem entstandenen Schwierigkeiten aufgebracht hat. Die Erklärungen des Reichskanzlers seien infolgedessen ohne Nervosität aufgenommen worden. Man verweist ferner darauf, daß Italien immer die enge Verflechtung der in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftsprobleme vertreten hat, und daß in den politischen Richtlinien der italienischen Außenpolitik in Bezug auf diese Frage eine Aenderung nicht eingetreten ist. Italien habe immer die Notwendigkeit einer großzügigen Lösung des Reparations- und Schuldenproblems verfochten und sei trotz der damit verbundenen Opfer für eine mutige Lösung dieser Frage eingetreten.

USA. nicht überrascht

Washington Evening Star berichtet, bei dem überwiegenden Teile der amtlichen Regierungskreise und der parlamentarischen Kreise habe Dr. Brünings Erklärung über die Reparationsfrage keinerlei Ueberraschung hervorgerufen, denn seit dem Bekanntwerden des Baseler Berichtes sei es lediglich eine Zeitfrage gewesen, wann Deutschland das offiziell verkünden müsse, was alle gut unterrichteten Beobachter schon seit langem als unabwendbar erkannt hätten. Trotzdem werde naturgemäß die nunmehr geschaffene Situation große Wellen werfen, besonders auch in Amerika, und Präsident Hoover habe in seiner Jahresbotschaft bereits darauf hingewiesen, als er von den Tatsachen sprach, denen man sich nicht verschließen könne, und die weitere Schritte in der internationalen Schuldenfrage notwendig machten. Deutschland würde zusammenbrechen, wenn es Reparationen und die Privatschulden zahlen müßte, und Deutschlands Zusammenbruch würde in der ganzen Welt eine Wirtschaftsdemoralisierung zur Folge haben, die man kaum zu ermessen wage. Die Krise, die Hoover im Juni vorigen Jahres abzuwenden suchte, wäre wahrscheinlich unbedeutend im Vergleich zu dem Chaos, das ein Bankrott Deutschlands hervorrufen würde. Die Zeitung zitiert sodann Stellen aus Prof. Diehls Schlußfolgerungen in der in Washington erschienenen Schrift: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands" und erklärt, je eher sich der Bundeskongreß mit diesen nackten Tatsachen vertraut mache, desto besser wäre es, denn mit theoretischen Erörterungen über die internationalen Schuldenverträge komme man jetzt nicht mehr weiter.

„Ein Hieb auf den Knoten"

Unter der Ueberschrift „Ein Hieb auf den Knoten" betont **„Herald Tribune"**, die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit, weiter politische Schulden zu zahlen, seien durch zu viele Anzeichen angekündigt gewesen, um als völlige Ueberraschung zu kommen. Wende man sich von der französischen Pose verletzter Gutgläubigkeit zu der Aufnahme, die die Erklärungen Brünings bei den Baseler Finanzsachverständigen gefunden hätten, so sei offenbar, daß die nunmehr eingetretene Entwicklung nicht außerhalb von leeren Berechnungen gelegen sei. Die Vertretern des Schatzamtes der Vereinigten Staaten beigelegte Aeußerung, daß der deutsche Schritt schon im letzten Jahre irgend wann einmal hätte kommen können, lege die Vermutung nahe, daß man auch in diesen Kreisen vorbereitet gewesen sei. So gut vorbereitet allerdings, wie die Finanzwelt auf die Erklärungen Dr. Brünings gewesen sei, so dürfe doch nicht angenommen werden, daß die amerikanische Ansicht der deutschen Annahme zustimme, daß nunmehr das Ende der Reparationen gekommen sei. **„Newyork Times"** schreiben in einem Leitartikel, Brünings Erklärung in der Reparationsfrage sei nicht so zu verstehen, daß Deutschland nicht zahlen wolle, sondern daß es nicht zahlen könne. Demgegenüber möchte Frankreich eine Lösung finden, die die Rechte, die auf den Reparationsanspruch bestehe, und die Linke, die geneigt sei, die Reparationen gegen gewisse Konzessionen zu beenden, einige.

Laval lehnt Brünings „These" ab

In amerikanischen Kreisen in Paris erklärt man, daß Ministerpräsident Laval dem deutschen Botschafter von Hoesch im Verlaufe einer Unterredung am Montag erklärt habe, daß die These des Reichskanzlers hinsichtlich der Tribute für Frankreich unannehmbar sei.

Vor der Abrüstungskonferenz

Kundgebungen

In der Halle des Bremer Rathauses hielten die größten Bremer Vereine und Berufsorganisationen eine Kundgebung für die Herabsetzung der Rüstungen aller Völker ab. Da die überaus zahlreichen Besucher nicht alle im Rathaussaal Platz fanden, wurde in der Börse eine Parallelversammlung abgehalten. Beide Versammlungen, in denen Oberst a. D. Schwerdtfeger-Hannover auf die Unmöglichkeit des jetzigen Zustandes hinwies, in dem das abgerüstete Deutschland von aufgerüsteten Völkern umgeben ist, wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Friede nur durch eine allgemeine Abrüstung wirksam geschützt werden könne. Der Krieg werde unmöglich, wenn die Regierungen der Völker es wollten.

Der Badische Kriegerbund und der Deutsche Offiziersbund, Landesverband Baden, veranstaltete in Karlsruhe eine gut besuchte Kundgebung zur Abrüstungskonferenz. Das Referat des Majors a. D. von Laer gipfelte in einer Entschließung, die Gleichberechtigung Deutschlands auch in der Sicherheits- und Wehrfrage fordert.

Die englische Vertretung

Wie „Times" meldet, wird die britische Delegation auf der Abrüstungskonferenz aus Premierminister Macdonald, dem Staatssekretär des Aeußern Sir John Simon, dem Staatssekretär für die Kolonien Cunliffe Lister, dem Kriegsminister Lord Hailtham, dem Luftfahrtminister Lord Londonderry und dem Ersten Lord der Admiralität Bolton Eyres Mansell bestehen.

Rettung auf Karsten-Zentrum

Ein Telegramm des Reichspräsidenten

Die Schlesische Bergwerks- und Hütten-A.-G. hat dem Reichspräsidenten telegraphisch über die Rettung von sieben der Verunglückten berichtet. Der Herr Reichspräsident hat hierauf mit folgendem Telegramm geantwortet:

> Ich habe mit großer Freude aus Ihrem telegraphischen Bericht die Rettung von sieben der auf der Karsten-Zentrum-Grube verschütteten Bergleuten vernommen und spreche der tapferen Rettungsmannschaft Dank und Anerkennung für diese Tat aus. Gott gebe, daß es gelinge, auch die übrigen Verunglückten lebend zu bergen.
>
> (gez.) von Hindenburg, Reichspräsident.

Die Geretteten berichten

Ueber den Hergang der Rettung der sieben von den 14 eingeschlossenen Bergleuten erfahren wir u. a. folgendes:

Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr kam der Bohrer der Rettungsmannschaften plötzlich in einen leeren Raum. Diese Tatsache wirkte auf die Mannschaft wie ein elektrischer Schlag, denn sie bedeutete, daß die Strecke dahinter nicht zerbrochen war. Das entstandene Bohrloch wurde mit größter Vorsicht erweitert, und man hörte alsbald auch Klopfzeichen, die sofort erwidert wurden. Als die Oeffnung groß genug war, wurde in sie hineingeleuchtet. Zu aller Erstaunen und zur freudigen Ueberraschung sah man fünf Bergleute eng aneinandergekauert sitzen. Der Held der Eingeschlossenen ist der 30 Jahre alte Rohrleger Slama, dessen Humor und Energie die Kameraden vor dem Aeußersten bewahrt hat, und der sie immer wieder aufmunterte. Wie die Geretteten erzählen, haben sie von Brotresten gelebt, und ihren Durst gestellt, indem sie das sich an dem Kaltpreßluftrohr infolge der Untertagehitze bildende Schweißwasser der Reihe nach ableckten. Wie sie weiter erzählen, sind sie bei dem Gebirgsschlag zunächst zerstreut worden. Einer hat dann immer nach dem anderen gesucht, bis sie endlich zu sieben beisammen waren. In den ersten fünf Stunden waren sie ohne Licht. Dann fanden sie durch einen glücklichen Umstand Streichhölzer und noch etwas Karbid, das sie mit äußerster Sparsamkeit benutzten. Sie wußten ganz genau, daß Sonntag war.

Das erste, was die Geretteten verlangten, waren Zigaretten; sie wurden ihnen sofort gegeben. Gleichfalls verlangtes Getränk wurde nur nach ärztlicher Anordnung mit größter Vorsicht und schluckweise verabreicht.

Von einer 100 Meter langen Strecke sind nach den bisherigen Feststellungen durch den Gebirgsschlag etwa 60 Meter zu Bruch gegangen. Die zu den Geretteten vorgetriebene Stoßstrecke durch die Kohle war nur 1,50 Meter hoch und 1 Meter breit. Von den anderen Verschütteten können die Geretteten nichts sagen, da sie von diesen keine Lebenszeichen bemerkt haben.

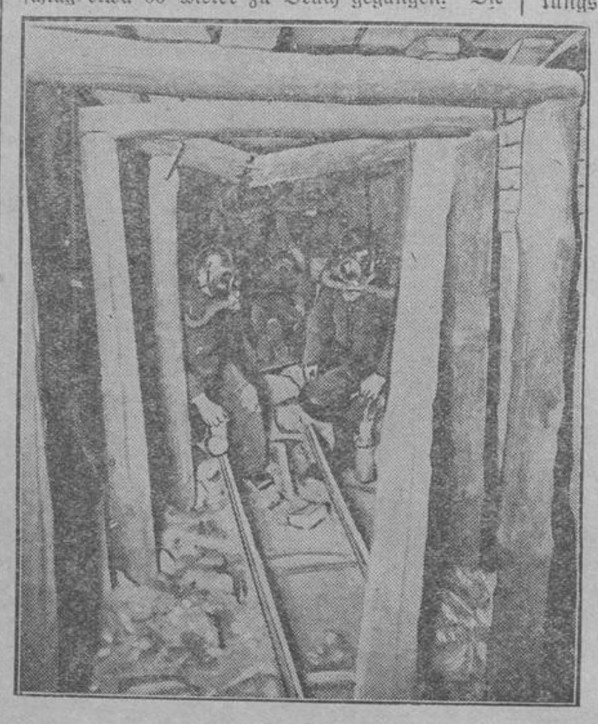
Der Sonntagnachmittag in Beuthen

Ein Sonntagnachmittag — kühl, trübe, langweilig. Irgendwo schlägt es vier Uhr. Die Menschen gehen aneinander vorbei wie sonst. Da, ganz plötzlich kommt Aufregung unter die Leute: man bleibt stehen, man freut sich, man spricht den ersten besten Menschen an oder läßt sich ansprechen. Was ist los? Was gibt es? „Was Sie sagen." „Nicht möglich." Und plötzlich ist es in der ganzen Stadt, wälzt sich wie ein reißender Strom durch die Straßen, flutet in die Häuser, treppauf, treppab, aus der Stadt hinaus in die Vororte: das Gerücht, das einem wie ein Märchen vorkommt, wie ein unfaßbares Wunder; die Toten von Karsten-Zentrum sollen leben! Nach sechs Tagen, eingeschlossen hinter Schutt, ohne Licht, ohne Essen, wer weiß wo, ob nicht auch ohne Wasser! Ein Wandern hebt an nach der Grube. Auf allen Wegen pilgern die Menschen dorthin, Autos rasen. Die Wagen der Grubenrettungsstelle fahren, also muß doch etwas Wahres daran sein und man beginnt sich zu freuen teilt die Freude jedem nächsten Menschen mit.

Vor den Grubentoren stauen sich die Menschen Die Fenster im ersten Stock des Zechenhauses sind erleuchtet. Im Lichte der Bogenlampen blitzen die Tschakos der Schupobeamten. Irgend jemand läuft um Brötchen. In der Verbandsstube bereitet man sich schon vor. Es ist schon dunkel. Da kommt ein Beamter, liest Namen vor. Sieben Mann, sieben der Eingeschlossenen. Sie leben, sie sind gerettet, oder man ist dabei, sie ans Tageslicht zu bringen. Ehrliche Freude lacht aus den Augen aller. Der erste ist schon oben. Das Auto ist unterwegs, um ihn ins Lazarett zu bringen, biegt schon in den Grubenhof ein. Die Hindenburgstraße entlang jagt ein anderes Auto — Rettungsmannschaften. Sie fahren zur Ablösung, zur Weiterarbeit, wollen ihre Kräfte noch opfern für die Kameraden, die vom Tode auferstanden sind, und die anderen, deren Schicksal noch ungewiß ist, und im Grubenhof stehen die Angehörigen voll Hoffnung!

Noch kein Toter geborgen

Aus Beuthen, 11. Januar, wird gemeldet: Entgegen Gerüchten, daß man auf der Karsten-Zentrum-Grube bereits Tote geborgen habe, wird von der Grubenverwaltung erklärt, daß diese Gerüchte unzutreffend seien. Die Rettungsarbeiten nehmen ihren Fortgang.



Das heldenhafte Rettungswerk schlesischer Bergleute

Nach übermenschlichen Anstrengungen der Rettungsmannschaften ist es wie durch ein Wunder gelungen, sieben der verunglückten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube in Beuthen nach sechstägigem Eingeschlossensein zu retten. Unser Bild gibt einen Blick in den Unglücksschacht der Karsten-Zentrumsgrube, in dem die Rettungsmannschaften gerade einen Verletzten aus dem Stollen tragen

Die BIZ verlängert den Reichsbankkredit um drei Monate

Der Verwaltungsrat der BIZ. ist nach zweimonatiger Unterbrechung vollzählig zu seiner 17. Tagung in Basel zusammengetreten. Den Verhandlungen, die Präsident Mac Garrah leitete, wohnten deutscherseits bei Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dr. Melchior und Generaldirektor Reusch.

Der Verwaltungsrat hat beschlossen, den Präsidenten der Bank zu ermächtigen, den der Reichsbank gewährten, am 4. Februar 1932 fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar für einen Zeitraum bis zu drei Monaten zu erneuern, wenn die anderen am Kredit beteiligten Notenbanken ihren Anteil zu den gleichen Bedingungen verlängern. Bekanntlich haben die Bank von England, die Bank von Frankreich und die Federal Reserve Bank von Newyork je 25 Millionen Dollar für den Gesamtkredit mit 100 Millionen Dollar gegeben.

Dann wurde der der Oesterreichischen Nationalbank gewährte, am 16. d. M. fällige Kredit unter gleichen Voraussetzungen für drei Monate verlängert, ebenso der der Ungarischen Nationalbank gegebene Kredit, der am 18. Januar fällig gewesen wäre. Der Anteil der BIZ. an diesen Währungskrediten stellt nur einen nicht zu bedeutenden Teil der langfristigen Anlagen, gemessen an der Gesamthöhe der der BIZ. zur Verfügung stehenden Mittel, dar.

Aus den weiteren Beschlüssen ist hervorzuheben, daß der Verwaltungsrat hinsichtlich der Feststellungen des Beratenden Sonderausschusses, die dem Präsidenten telegraphisch gegebene Ermächtigung erteilt hat, den interessierten Regierungen zu erklären, daß die Feststellungen dieses Ausschusses von der Bank als Treuhänder der Gläubiger bestätigt und angenommen worden sind.

Für den am 31. Dezember vorigen Jahres aus dem Verwaltungsrat ausgeschiedenen Präsidenten der Niederländischen Bank Dr. Vissering wurde sein Nachfolger Dr. Trip in den Verwaltungsrat für die normale Dauer der Amtsperiode gewählt.

Der Verwaltungsrat nahm schließlich Kenntnis von den Ausweisen der BIZ. per 30. November und 31. Dezember 1931, die mit 1107 Millionen bzw. 1041 Millionen Schweizer Franken abschließen. Es wurde auch mit Befriedigung von der Devisenlage der Bank mit Rücksicht auf die Aenderungen, die im Goldwert einzelner Währungen in den letzten Monaten eingetreten sind, Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet am 8. Februar dieses Jahres statt.

Frankreich verlängert den Rediskontkredit nur bis zum 4. März

Der „Matin" erklärt im Zusammenhang mit der Baseler Sitzung der BIZ, daß der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, den Verwaltungsrat der BIZ davon verständigt habe, daß die Genehmigung Frankreichs zur Verlängerung des Reichsbank-Rediskontkredites über einen Monat hinaus (also über den 4. März hinaus) sehr unwahrscheinlich sei. Das Blatt fügt hinzu, daß unter diesen Umständen die Rechte Frankreichs vollkommen gewahrt seien, da der Einspruch des französischen Vertreters genüge, um die Verlängerung der Hälfte des 100-Millionen-Dollar-Kredits, nämlich 25 Millionen der Bank von Frankreich und 25 Millionen der BIZ. zu verhindern.

*

Der Verwaltungsrat der BIZ in Basel hatte bekanntlich Montagmittag den Kredit bedingt um drei Monate verlängert.

Wiggin über die Stillhalteverhandlungen in Berlin

Der Jahresbericht der Chase National Bank enthält folgende aus Berlin gekabelte Ausführungen Wiggins:

> **Die deutschen Bankiers bewiesen bei den Stillhalteverhandlungen einen aufrichtigen Geist der Mitarbeit und auch die Gläubigerbankiers zeigten Entgegenkommen. Wir beabsichtigen nicht, den Kredit in solcher Weise zurückzuziehen, daß Deutschland dadurch Verlegenheiten bereitet werden. Ein weit größerer Betrag Kurzkredite könnte liquidiert werden, wenn das Ausland Reichsmark annähme. Da jedoch die Kurzkredite in Auslandsdevisen zahlbar sind, hängt die Liquidierung von der Fähigkeit Deutschlands ab, sich diese Devisen zu verschaffen. Es liegt daher im Interesse der Gläubiger ebenso wie Deutschlands, die Gold- und Devisenreserve der Reichsbank zu schützen.**

Sicherheit der Volksernährung

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

Reichsminister Schiele sprach im Landwirtschaftsfunk der Deutschen Welle über „Die Landwirtschaft an der Jahreswende".

Der Minister bezeichnete die fortschreitende Senkung der Lebensmitteleinfuhr als die entscheidenste Tatsache der Agrarpolitik der letzten Jahre. Der Einfuhrüberschuß an Nahrungsmitteln, die wir auch im Inlande erzeugen können, sei seit 1927 im Jahre 1931 auf ein Drittel des Wertes zurückgegangen. Die volle Ausnutzung der in der Landwirtschaft noch vorhandenen Produktionsreserven würde uns von jeder Sorge und Abhängigkeit in der Sicherung unserer Ernährung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln in verhältnismäßig kurzer Zeit befreien können. Deshalb sei es gerecht und klug, wenn Maßnahmen ergriffen worden sind und angesichts der besonders schwer darniederliegenden landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft in der nächsten Zeit ergriffen werden müßten, die vielleicht eine völlige Umkehr der bisherigen wirtschaftspolitischen Auffassungen bedeuten, die aber dazu dienen sollen, insbesondere die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer Produktionskraft im Interesse des Volksganzen und der Sicherung der Ernährung zu erhalten und zu stärken, denn die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion und die Sicherung der kommenden Ernte sei keine Angelegenheit des privaten Erwerbsstrebens, sondern eine Lebensfrage des gesamten Volkes. Der Reichskanzler habe erklärt, daß Deutschlands verzweifelte Lage die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Wie wäre es um unsere Verhandlungsfreiheit bestellt, fragte der Minister, wenn wir in dieser Krisenzeit von ausländischen Nahrungsmitteleinfuhren und dann praktisch von ausländischen Kreditein-fuhren abhängig wären? Seit Versailles hat uns nie eindringlicher die tiefe Wahrheit vor Augen gestanden, die alle großen Staatsmänner zu ihrem Glaubensbekenntnis gemacht haben: Ein Volk, das sich nicht selbst ernähren kann, ist auch nicht fähig, seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu behaupten. Zum Schluß wandte sich der Minister an seine landwirtschaftlichen Berufsgenossen und erklärte:

Ich kann und will Ihnen zum neuen Jahr kein neues Programm bringen. Ich will Ihnen nur sagen, daß die Reichsregierung sich nicht irre machen läßt in ihrem Ziele, dem sie schon in den allernächsten Tagen einen neuen deutlichen Ausdruck verleihen wird. Sie wird für die Sicherheit der deutschen Volksernährung und für die Lebensfähigkeit der deutschen Landwirtschaft alles das tun, was die Lage erfordert und was die Lage möglich macht. Sie tut es in der Ueberzeugung, daß sie hiermit zugleich wichtigste Pionierarbeit an dem Fundament für die bessere Zukunft des deutschen Volkes leistet.

Die Preisüberwachung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die Vertreter der Länder u. die Beauftragten des Reichskommissars für Bayern und Sachsen zu einer Besprechung über die Durchführung der Preisüberwachung und die bisher gewonnenen Erfahrungen gebeten.

Die Besprechung ergab Uebereinstimmung über die bisherigen Maßnahmen und die weiter in Angriff zu nehmenden Arbeiten.

Der Reichskommissar teilte mit, daß Verhandlungen im Gange seien und für die nächste Zeit bevorstünden, um weitere Preissenkungen herbeizuführen.

Auf die Mitteilung aus dem Kreise der Ländervertreter, daß die Durchführung der Preisschilderverordnung noch verschiedentlich zu wünschen übrig lasse, hat der Reichskommissar mit größter Bestimmtheit vorzugehen. Wie bereits mitgeteilt, habe er sich für Fälle hartnäckiger und vorsätzlicher Widersetzung vorbehalten, dem betreffenden Betriebsinhaber die Fortführung des Betriebes zu untersagen oder den Betrieb ganz zu schließen. Es wurde festgestellt, daß das Einsetzen von sogenannten Staffelpreisen in die Preisschilder unzulässig sei. Es sei ferner unzulässig, die amtlich vorgeschriebenen Preisschilder mit Reklamebeiwerk oder Vermerken wie z. B. „Preise laut Notverordnung" zu versehen.

Eine Weltblindenkasse

In Anwesenheit von Delegierten der Blindenverbände aus Deutschland, Danzig, England, Frankreich, Belgien, Dänemark, Holland, Irland, Italien und Südafrika wurde in Paris eine Weltblindenkasse gegründet. Die Mittel dieser Kasse zur Unterstützung der Blindenhilfswerke in der ganzen Welt sollen durch eine Lotterie aufgebracht werden, die ähnlich der mit dem irländischen Sweepstake-Pferderennen verbundenen Lotterie gestaltet werden soll. Die Organisation liegt in den Händen des Weltblindentrusts, der in Danzig eine Konzession erhalten hat. Dem Komitee der Weltblindenkasse gehören u. a. an: Dr. Gaebler-Knibbe (Deutschland) und Paul Kirchner (Danzig). Als erstes Pferderennen, mit dem die Lotterie verbunden werden soll, ist das am 18. März 1932 in Liverpool stattfindende Rennen um den Großen Nationalpreis in Aussicht genommen.

Englands Macht in Indien
Patels Tochter verhaftet

Aus Ahmedabad, 11. Januar, wird gemeldet: Die Tochter des Präsidenten des Nationalkongresses, Vallabhai-Patel, ist verhaftet worden.

Strenge Maßnahmen gegen den zivilen Ungehorsam in Bombay

Ein Erlaß der obersten Behörde der Präsidentschaft Bombays verbietet für die Dauer von zwei Monaten in der Stadt Bombay Umzüge, Versammlungen und jede andere Bekundung des zivilen Ungehorsams.

Eine britische Note an Japan

Wie Reuter von zuständiger Stelle in Tokio erfährt, hat der japanische Botschafter in London dem japanischen Außenministerium eine Note der britischen Regierung zugehen lassen, in der Japan ersucht wird, zu bestätigen, daß es sich zur Politik der offenen Tür in der Mandschurei bekenne. Wie verlautet, ist der japanische Botschafter in London, Matsudaira, ermächtigt worden, Japans Verpflichtungen in dieser Hinsicht erneut zu bestätigen.

Kampf zwischen japanischen Truppen und Banden

Ein japanisches Kavallerieregiment erlitt bei einem Zusammenstoß mit einer starken Abteilung Banditen, deren Zahl auf etwa 5000 geschätzt wird, westlich von Tschintschau schwere Verluste. Ein Oberst, vier Offiziere, 15 Mann wurden getötet, 20 verwundet. Japanische Verstärkungen wurden eiligst auf den Weg gebracht.

Neuer Erdölfund bei der Preußag

Wie WTB.-Handelsdienst erfährt, ist auf dem Gelände der Gewerkschaft „Florentine", die zum Konzern der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.-G., Berlin, gehört, in Edesse (Hannover) eine Bohrung fündig geworden. Die Bohrung, die mit einem Rotary-Apparat bis zu einer Tiefe von nahezu 900 Meter abgeteuft worden ist, hat in den ersten 24 Stunden etwa 36 000 Liter und in den letzten 24 Stunden etwa 31 000 Liter ergeben. Das Oel am Bohrloch steht unter einem Druck von 20 Atmosphären.

Die Notmaßnahmen gegen die Beamtenschaft nicht für die Dauer berechnet

Der Beamtenausschuß des Preußischen Landtages verhandelte über deutschnationale Anträge auf Aufhebung bezw. Milderung der Bestimmungen der Sparnotverordnungen, soweit sie sich gegen Beamte und Lehrer richten.

Staatssekretär Schleusener vom Finanzministerium erklärte, die Notmaßnahmen gegen die Beamtenschaft seien auch nicht für die Dauer, sondern nur für die Notzeit berechnet. Von einem Referentenentwurf über ein neues Besoldungsgesetz, das die Lage der Beamten weiter verschlechtern solle, sei ihm nichts bekannt, und er, der Staatssekretär, glaube auch nicht, daß ein solcher Entwurf vorliege.

Die weitere Aussprache wurde auf Dienstag vertagt.

Die Zinsvereinbarungen

Grundgedanken und Inhalt

Nach Erklärung des Reichskommissars für das Bankgewerbe haben sich die beteiligten Stellen bei der Festsetzung der Zinsvereinbarungen von dem Gedanken leiten lassen, diese mit einer gewissen Biegsamkeit auszustatten.

In den Durchführungsbestimmungen zur Zinssenkung auf dem Geldmarkt wird festgestellt, daß der Bankkommissar seine Zustimmung jederzeit zurückziehen kann. Einer Majorisierung wird dadurch vorgebeugt, daß die Beschlüsse im zentralen Kreditausschuß einstimmig gefaßt werden müssen, andernfalls entscheidet der Bankkommissar. Hypothekengeschäfte, Konsumvereine sowie Bau- und Werksparkassen sind nach den Durchführungsbestimmungen gleichfalls an die vorgeschriebenen Zinssätze gebunden.

Die ganze Zinsregelung bezieht sich auf den Verkehr mit der Nichtbankierkundschaft; der Verkehr zwischen Banken untereinander ist ausdrücklich freigelassen. Bei den Sollzinsen ist die Feststellung eines einheitlichen Normalsatzes aus dem Grunde unterblieben, weil ein derartiger Satz voraussichtlich bald den Charakter eines Mindestsatzes angenommen und auf diese Weise verteuernd gewirkt haben würde, während der Zweck der Zinsvereinbarungen gerade in einer Zinsverbilligung bestehe. Bei Kapitalgesellschaften richtet sich der Voraus nach der Bilanzsumme. Er beträgt bei einer Bilanzsumme von nicht über 15 Millionen RM. ½%, bei einer solchen von nicht über 30 Millionen RM. ¼% für den normalen Geldverkehr und ½% für den Großgeldverkehr und bei einer Bilanzsumme bis zu 50 Millionen RM. Ein ½%, und zwar nur für den Großverkehr. Privatbanken erhalten grundsätzlich ein Voraus von ½%.

Neu ist die Vorschrift, daß als täglich fällige Gelder auch solche anzusehen sind, für die eine feste Laufzeit von weniger als einem Monat (bisher sieben Tage) vereinbart worden ist. Eine Bereitschaftsprovision darf in Zukunft nicht erhoben werden. Die Verknüpfung der Sollzinsen mit dem Reichsbankdiskont wird dadurch eingeschränkt, daß sich der Zinssatz im allgemeinen an den Reichsbankdiskontsatz anlehnen soll. Der biegsame Charakter der Zinsvereinbarungen kommt ferner darin zum Ausdruck, daß die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen dreifach variiert werden kann und zwar einmal örtlich, zum anderen nach der Art der Kredite und zum dritten nach der Art der Kreditinstitute.

Der Normalzinssatz ist laut Beschluß des zentralen Kreditausschusses **auf 4% festgesetzt** worden.

Die wesentlichen Bestimmungen

Die am Sonnabend, dem 9. d. M., von den Spitzenverbänden der Kreditinstitute angenommenen Zinsvereinbarungen bestehen aus einem Mantelvertrag sowie aus je einem Abkommen über Haben-Zinsen und Soll-Zinsen.

Bei den Soll-Zinsen

soll die Berechnung entweder in Gestalt eines Netto-Zinssatzes, bei dessen Festsetzung von dem gewogenen Durchschnitt der Zinssätze für hereingenommene Gelder auszugehen ist, oder nach Soll-Zinsen plus Kreditprovision erfolgen. In letzterem Fall gilt als Richtlinie, daß sich der Zinssatz im allgemeinen an den Reichsbankdiskont anzulehnen hat. Die Normalsätze für den oben erwähnten Netto-Zinssatz bezw. Soll-Zins werden von den regionalen Kreditausschüssen festgesetzt. Die Kreditprovision ist in banküblicher Weise zu berechnen.

Die Regelung der Haben-Zinsen

erfolgt in der Weise, daß von dem zentralen Kreditausschuß ein Normalzinssatz festgesetzt wird, der mit entsprechenden Zuschlägen für alle Konditionen Geltung hat; normale Spareinlage sind jedoch höchstens zu dem Normalzinssatz zu verzinsen. Kreditgenossenschaften, Privatbankfirmen sowie kleine und mittlere Banken dürfen nach Maßgabe besonderer von dem zentralen Kreditausschuß aufzustellender Grundsätze die Höchstzinssätze für hereingenommene Gelder ganz oder teilweise bis um höchstens ½% überschreiten, ehrenamtlich geleitete Kreditgenossenschaften mit der gleichen Maßgabe bis zu ¾%.

In dem Mantelvertrag wird bestimmt, daß Kreditinstitute aller Art verpflichtet sind, bei der Hereinnahme von Reichsmark-Geldern aus dem In- und Auslande bestimmte Höchstzinssätze nicht zu überschreiten.

Die beiden Zinsabkommen laufen bis zum 31. März d. J., der Mantelvertrag bis zum 30. September d. J.; sie verlängern sich automatisch um 3 (6) Monate, falls nicht eine Kündigung mit einer Frist von einem (drei) Monat erfolgt. Die Vereinbarungen sind vom Tage nach der Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger an wirksam.

Kleine Meldungen

Beilegung des Konflikts bei den Berliner Gas- und Wasserwerken. Aus Berlin, 11. Januar, wird gemeldet: Der Gesamtverband hat heute den Direktionen der Berliner Gas- und Wasserwerke mitgeteilt, daß nach dem Ergebnis der Urabstimmung in den Betrieben, die die Ablehnung eines Streiks brachte, der am Dienstag voriger Woche gemachte Vergleichsvorschlag als angenommen zu betrachten sei. Danach erfolgt in den Gas- und Wasserwerken über die durch die Notverordnung vorgeschriebene 10%ige Lohnkürzung hinaus eine Kürzung um einen Pfennig ab 1. Januar und um einen weiteren Pfennig ab 15. März.

Schweres Unglück beim Legen von Dauerwellen. In einem Friseurgeschäft in Kassel ließ sich, wie die D. A. Z. berichtet, eine Verkäuferin Dauerwellen legen. Plötzlich fing der Haarwickelapparat Feuer. Im Nu standen die Haare des jungen Mädchens in Flammen. Es lief in seiner Angst, um Hilfe schreiend, auf die Straße und versuchte, das Feuer mit den Händen zu löschen. Schutzpolizei und Sanitäter der Feuerwehr leisteten Hilfe und brachten die Schwerverletzte ins Krankenhaus. Das Haar ist vollständig verbrannt, außerdem hat das Mädchen entstellende Brandwunden im Gesicht und an den Händen davongetragen. Die Verletzungen sind so schwer, daß ernste Lebensgefahr besteht.

Der verkannte Wolf. Vor einigen Wochen wurde von Muddelstrand aus die Meldung verbreitet, daß der Förster im Muddelstrander Moor ein Tier erlegt hätte, das sehr große Aehnlichkeit mit einem Wolf aufwies. Ein hinzugezogener Sachverständiger hielt das Tier ebenfalls für einen Wolf. Eine genaue Beschreibung und Photographie wurden einem namhaften Berliner Zoologen eingesandt, der ebenfalls der Ansicht war, daß es sich um um einen Wolf handeln müsse. Um ganz sicher zu gehen, wurden der Schädel und das Fell des Tieres an die Säugetierabteilung des Zoologischen Museums der Berliner Universität eingesandt, die dann feststellte, daß es sich um einen verwilderten Hund handelte.

Blutige Zusammenstöße

Aus Rendsburg, 11. Januar, wird gemeldet: Zwischen annähernd 70 Nationalsozialisten, die von einem SA.-Appell kamen, und etwa 200 Reichsbannerangehörigen und Kommunisten kam es zu einem schweren Zusammenstoß. 19 Personen wurden verletzt, darunter vier schwer. Der 21jährige SA.-Mann Menzel aus Büdelsdorf bei Rendsburg ist seinen Verletzungen erlegen.

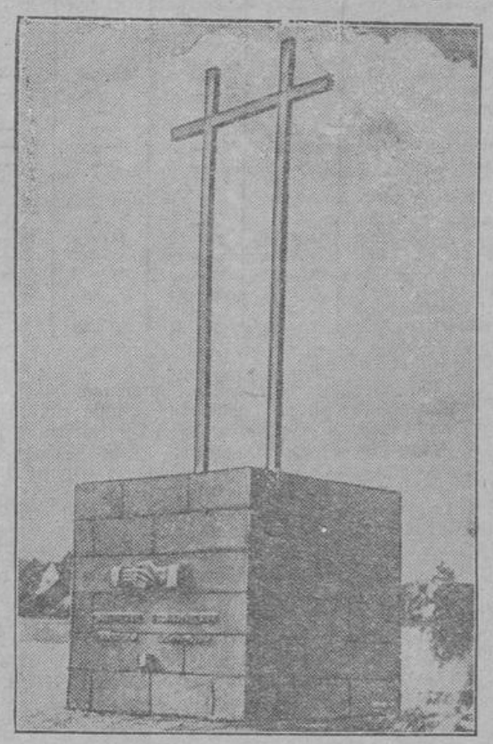
Dortmunder Sechstagerennen

Immer noch vier Mannschaften vorne — Rausch-Hürtgen verlieren eine Runde

Im Verlaufe des Montagnachmittag gab es beim Dortmunder Sechstagerennen zahllose Rundengewinne. Sehr gut schnitten dabei die Paare Pützfeld-Meyer und Oszmella-Manthey ab. Vopel-Korsmeier dagegen hatten Pech und liegen immer noch neun Runden zurück. Die Spurts gewannen Schön, Oszmella, Rieger, Schön, van Kempen, Korsmeier. Rausch-Hürtgen fielen eine weitere Runde zurück. Nach 71 Stunden um 23 Uhr waren 1860,800 Kilometer bewältigt. Die Spitze bilden immer noch Schön-Göbel, van Kempen-Pijnenburg, Dülberg-Tietz und Kroll-Maidorn. Der Stand um 23 Uhr:

1. Schön-Göbel 136 Punkte; 2. van Kempen-Pijnenburg 126 Punkte; 3. Dülberg-Tietz 86 Punkte; 4. Kroll-Maidorn 76 Punkte; **eine Runde zurück:** 5. Charlier-Deneef 66 Punkte; 6. Rieger-Schenk 64 Punkte; **zwei Runden zurück:** 7. Rausch-Hürtgen 159 Punkte; 8. Linari-Dinale 104 Punkte; 9. Pützfeld-Meyer 59 P.; 10. Wambst-Broccardo 22 P.; **vier Runden zurück:** 11. Oszmella-Manthey 102 P.; **neun Runden zurück:** 12. Vopel-Korsmeier 100 Punkte.

Den Pfälzer Freiheitskämpfern



Weihe eines Wiesmann-Fellinger-Denkmals in Speyer

Zu einer machtvollen vaterländischen Kundgebung gestaltete sich die Weihe eines Wiesmann-Fellinger-Denkmals auf dem Friedhof in Speyer. Sie rief die Erinnerung an den 9. Januar 1924 wach, an dem der Präsident der „Autonomen Pfalz", Heinz Erbis, von einer Gruppe Pfälzer, darunter Ferdinand Wiesmann und Franz Fellinger, in Speyer im Wittelsbacher Hof erschossen wurden. Wiesmann und Fellinger waren damals nach der Tat von sie verfolgenden Separatisten erschossen worden.

Schon am frühen Morgen hatte sich eine riesige Menschenmenge an der Grabstätte Wiesmanns und Fellingers eingefunden, um an der Weihe des von Professor Behn-München entworfenen und von einer Arbeitsgemeinschaft errichteten Denkmals teilzunehmen. Domkapitular Brauner-Speyer hielt die Weiherede, in der er darauf hinwies, daß die Tat der Beseitigung des Präsidenten der „Autonomen Pfalz" aus vaterländischer Gesinnung erfolgte und eine Verzweiflungstat der Liebe zu Volk und Heimat gewesen sei. Sie solle uns mahnen, uns nicht im Bruderkampf zu verzehren, sondern in Bruderliebe als einiges Volk zueinander zu finden.

Regierungspräsident Dr. Pfülf-Speyer legte im Auftrage der bayerischen Staatsregierung einen Lorbeerkranz mit den bayerischen Landesfarben nieder.

Für die Denkmalsgemeinschaft sprach Oberregierungsrat Dr. Frisch-Neustadt.

Oberbürgermeister Dr. Leiling übernahm das Denkmal in die Obhut der Stadt Speyer.

Weiter ließen am Denkmal noch Kränze niederlegen: Der Stahlhelm, die NSDAP., das 1. Bayerische Infanterieregiment und der frühere Kronprinz Ruprecht. Die Einweihungsfeier fand ihren Abschluß mit dem Niederländischen Dankgebet.

Anschließend fanden sich im Wittelsbacher Hof, der historischen Stätte Heinz Erbis, etwa 180 geladene Gäste zu einer schlichten Gedenkfeier zusammen, an der auch Angehörige Wiesmanns und Fellingers, sowie mehrere aktiv an der Tat Beteiligte teilnahmen. Oberregierungsrat Dr. Frisch überreichte dem Bunde Oberland der die Beseitigung Heinz Erbis' organisiert hatte, zum Zeichen des Dankes einen Fahnenring. An der Front des Wittelsbacher Hofes wurde eine Gedenktafel mit nachstehender Inschrift enthüllt:

„Am 9. Januar 1924 fielen hier
im Kampf um die Freiheit der
Pfalz Ferdinand Wiesmann und
Franz Fellinger."

Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsinnenminister Dr. Groener, Ministerpräsident Dr. Held, die bayerischen Staatsminister Stützl, Gürtner und Dr. Goldenberger, die früheren Präsidenten der Pfalz Dr. von Winterstein, von Schlingensperg und Dr. Matteus, ferner die Pfalzkommissare Dr. Wappes und Jolas u. a. hatten Grüße übermittelt.

Die Teilnehmer der Gedenkfeier erwiderten diese Grüße mit Telegrammen u. a. an den Reichspräsidenten und Ministerpräsidenten Dr. Held, in denen sie ein Treugelöbnis der Pfalz zum Reiche zum Ausdruck brachten.

Die Unregelmäßigkeiten beim Polizeipräsidium Hagen

2 Beamte verhaftet — Für 30 000 RM. Fehlmengen an Futtermitteln — Meineidanzeige des Nationalsozialisten Faust gegen den Polizeipräsidenten — Neue Beleidigungsanzeige des Polizeipräsidenten gegen Faust

Vor einigen Tagen wurden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zwei Beamte des Hagener Polizeipräsidiums verhaftet, ohne daß es gelang, die Gründe, die zu der Festnahme führten, zu erfahren. In einem nationalsozialistischen Flugblatt ging man vor Jahresfrist auf Gerüchte ein, die von Verfehlungen des Polizeipräsidenten Schöbel und einiger Beamten der wirtschaftlichen Abteilung des Polizeipräsidiums wissen wollten. Es verlautete, daß in der Kasse ein Fehlbetrag von 150 000 RM. festgestellt worden sei, zu dessen Deckung Darlehen aufgenommen wurden. Polizeipräsident Schöbel strengte gegen Verfasser und Drucker des Flugblattes eine Beleidigungsklage an, die zu der Verurteilung der beiden Personen führte.

Zu dieser Angelegenheit teilt jetzt das Polizeipräsidium u. a. mit: Es ist schon Anfang September 1930, nach dem amtlichen Ermittlungsergebnis amtlich veröffentlicht worden, daß ein Beamter von Lieferanten Geld geborgt habe. In mehreren öffentlichen Volksversammlungen zu jener Zeit hat der Polizeipräsident mitgeteilt, daß Schecks von den beschuldigten Beamten auf ein Konto ausgestellt worden seien, aus dem Zahlungen nicht erfolgen konnten und bei dem Deckung für Zahlungen nicht vorhanden gewesen sei. Der Fehlbetrag ist in der Polizeikasse weder früher noch heute vorhanden. Ob und inwieweit der Fiskus durch Unregelmäßigkeiten der beschuldigten Polizeibeamten geschädigt ist, läßt sich noch nicht übersehen. Der Geschäftsführer Faust der Nationalsozialistischen Partei, der wegen Beleidigung des Polizeipräsidenten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist, versucht durch eine Meineidsanzeige den Eindruck zu erwecken, als ob die gegen den Polizeipräsidenten Schöbel seinerzeit veröffentlichten beleidigenden Verdächtigungen auf Wahrheit beruhen. Der Polizeipräsident hat daher erneut gegen den Geschäftsführer Faust der Nationalsozialistischen Partei Strafantrag gestellt.

Die Pressestelle des Landgerichts Hagen teilt mit: Auf Antrag des Polizeipräsidenten ist bei der Staatsanwaltschaft in Hagen gegen die Polizeibeamten Stahlberg und Gaudig die Voruntersuchung eingeleitet worden. Der Voruntersuchung liegen die durch die Behörde getroffenen Feststellungen zugrunde, daß die Materialbestände, insbesondere die Futtermittel, der Hagener Polizei große Fehlmengen aufweisen. Der Wert des fehlenden Materials wird auf ungefähr 30 000 Mark geschätzt. Den beschuldigten Beamten wird zur Last gelegt, daß sie die Fehlmenge für sich verwandt haben.

Vorwürfe gegen die Allianz im Favag-Prozeß

In der Favag-Verhandlung in Frankfurt (Main) kam es am Montag zu der langerwarteten Sensation. Der Verteidiger von Sauerbrey Dr. Fuerst, stellte umfangreiche Beweisanträge, aus denen hervorgehen soll, daß weder die Sondervergütungen noch das System der Angeklagten den Zusammenbruch des Favag-Konzerns verschuldet hat. Es wird vielmehr behauptet, daß bereits lange vor dem Zusammenbruch von der Allianz Versuche gemacht worden seien, sich dem Favag-Konzern anzugliedern, daß diese Versuche nach dem Tode Dumckes schließlich zum Erfolg geführt hätten, und daß zu diesem Zwecke planmäßig der Zusammbruch des Favag-Konzerns herbeigeführt worden sei.

Der erste Staatsanwalt

gab auf diese Beweisanträge hin die Erklärung ab, daß er sich seine Stellungnahme noch vorbehalte, jedenfalls werde er auf diese Anträge ganz ausführlich eingehen.

Die nächste Verhandlung findet am Donnerstag statt.

Erklärung der Generaldirektion der Allianz

Die Generaldirektion der Allianz erklärt:

Die Allianz hat bis zum 15. August 1929 von der Gefahr eines Zusammenbruches der Favag, der bekanntlich am 17. August erfolgte, nichts gewußt. Sie hätte andernfalls alles getan, was in ihren Kräften stand, um den Zusammenbruch zu verhindern. Im übrigen wird die gerichtliche Beweisaufnahme die Haltlosigkeit der von Angeklagterseite schon früher aufgestellten Behauptungen ergeben.

Arbeitszeit- und andere Dienstfragen der Reichsbahn

Im Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten wird ein kommunistischer Antrag behandelt, der die Dienstdauervorschriften der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ändern will. Der Antrag verlangt, daß die geltenden Dienstdauervorschriften sofort aufgehoben werden und die Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich verkürzt wird. Weiter fordert der Antrag Vorgehen der Reichsregierung gegen die Durchführung einer neuen Dienstanweisung, wonach in Zukunft auf je 60 Güterachsen bei Rangierzügen nur ein Zugbegleitbeamter entfallen soll, und an die Personenzüge bis 30 Güterachsen ohne Verstärkung von Zugbegleitpersonal angehängt werden sollen. An diesen Antrag knüpfte sich eine ausführliche Aussprache. Die Deutschnationalen nahmen an den Ausschußverhandlungen wieder teil, während die Nationalsozialisten nach wie vor der Sitzung fern geblieben sind.

Fleischbeschaugebührenordnung

Auf Grund des § 14 Abs. 2 des Preuß. Gesetzes vom 23. Juni 1902 (G. S. S. 229) betreffend die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 (R. G. S. 547), hebe ich meine Gebührenordnungen vom 15. Januar 1931 — Reg. Amtsbl. S. 31 — und vom 17. Juni 1931 — Reg. Amtsbl. S. 143 — mit Wirkung vom 1. Januar 1932 auf und bestimme statt dessen folgendes:

1. Der Absatz I A 1 meiner Gebührenordnung vom 1. 10. 1927 — Reg. Amtsbl. S. 263 ff. wird folgendermaßen geändert:

1. die Tierbesitzer haben zu entrichten für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau einschließlich der Trichinenschau bei:

Nummer	Tiergattung	Beschaugebühr	Zuschlag für die Ergänzungsbeschaukasse	Zusammen
1	2	3	4	5
		RM.	RM.	RM.
a)	Einhufer je Tier	4,75	1,00	5,75
b)	Rindern (ausschl. Kälbern) je Tier	2,50	0,65	3,15
c)	Schweinen einschl. Trichinenschau je Tier	1,70	0,30	2,00
d)	Schweinen ausschl. Trichinenschau je Tier	0,90	0,20	1,10
e)	Schweinen und Hunden, Trichinenschau allein	0,80	0,10	0,90
f)	Kälbern	0,80	0,15	0,95
g)	Sonstigem Kleinvieh (Schafe, Ziegen, Hunde)	0,65	0,10	0,75
h)	Ferkeln, Zicklein, Lämmern	0,30	0,05	0,35

2. In Absatz II. B. Ziffer 1 Satz 1 ist 6 RM in 4,75 RM umzuändern. Im gleichen Absatz Ziffer 2b ist „II. Klasse" zu ändern in „III. Klasse".

Der Absatz II B. Ziffer 2c erhält folgenden Zusatz:

Andere öffentliche Verkehrsmittel (Kraftwagen der Reichspost, Autoomnibusse usw.) sind von den mit der Ergänzungsbeschau beauftragten Tierärzten statt der Eisenbahn zu benutzen, sofern hierdurch eine schnellere Erledigung der Ergänzungsfleischbeschau oder eine Zeitersparnis bei dem Amtsgeschäft erreicht wird. Es steht auch nichts im Wege, in geeigneten Fällen die eine Fahrt (Hin- oder Rückfahrt) mit der Eisenbahn, die andere mit der Kraftpost usw. auszuführen. Bei Benutzung dieser Beförderungsmittel kann neben den Fahrtauslagen eine Versäumnisgebühr in einer solchen Höhe gewährt werden, daß die Gesamtreisevergütung 0,21 RM je Kilometer nicht übersteigt.

3. Der Absatz IV Ziffer 4a und b wird wie folgt geändert:

a) bei den Tierärzten:

von den monatl. Beträgen	bis 400 RM.	—%
von dem Mehrbetrage	bis 500 RM.	25%
von dem weiteren Mehrbetrage	bis 600 RM.	40%
von dem weiteren Mehrbetrage	bis 700 RM.	55%
von dem weiteren Mehrbetrage	über 700 RM.	70%

b) bei den Fleischbeschauern und Trichinenschauern

von den monatl. Beträgen	bis 250 RM.	—%
von dem Mehrbetrage	bis 350 RM.	25%
von dem weiteren Mehrbetrage	bis 450 RM.	40%
von dem weiteren Mehrbetrage	bis 550 RM.	55%
von dem weiteren Mehrbetrage	über 550 RM.	70%

Düsseldorf, den 23. Dezember 1931.

Der Regierungspräsident.

Veröffentlicht:

Opladen, den 5. Januar 1932.

Der Landrat.

J. V.: Stapmanns.

Viehmärkte vom 11. Januar 1932.

	Köln	Düsseldorf	Essen	Dortmund	Elberfeld	Barmen	Aachen	Kassel
Auftrieb								
Großvieh	1510		616	914	898	123	—	230
Ochsen	503	56	27		209	12	18	29
Bullen	177	92	181		63	53	7	53
Kühe	714	191	308		419	14	91	62
Färsen	92	74	83		104	39	42	86
Fresser	24	1	17		103	5		—
Kälber	1416	564	539	489	587	7		237
Schafe	64	4	29	25	21	17	—	8
Schweine	5575	3248	3024	318	2760	630	1025	625
Ziegen	—		—		—		—	
Preise								
Ochsen								
vollfl., ausgem. 1. J.	33—36	36—40	36—38	34—36	35—37	—	—	29—31
2. ältere	29—32	—	—	—	—	—	—	24—28
onst. vollfl. 1. jüng.	29—32	31—35	31—34	29—32	30—34	—	—	24—28
2. ältere	24—28	28—32	—	—	—	—	27—32	—
fleischige	—	—	—	—	—	—	—	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bullen								
jüngere vollfleisch.	28—31	30—33	—	—	29—31	30—33	—	20
sonstige vollfleisch.	23—27	26—29	28—30	27—29	25—28	27—29	—	25—28
fleischige	—	—	24—27	24—26	—	—	26—27	23—24
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Kühe								
jüngere vollfleisch.	29—32	30—33	30—33	29—31	28—30	—	30—32	26—28
sonst. vollfleischige	24—28	26—29	26—29	26—28	24—27	—	26—29	22—25
fleischige	20—23	22—25	22—25	22—25	18—23	—	22—25	18—21
gering genährte	—	16—21	17—21	18—21	—	—	—	—
Färsen								
vollfleisch. ausgem.	31—34	34—37	35—37	32—34	33—35	30—34	30—32	35
vollfleischige	27—30	30—33	32—34	28—30	26—32	—	25—29	25—30
fleischige	—	25—29	28—31	25—27	—	—	—	20—24
Fresser								
mäß. gen. Jungv.	22—28	—	20—25	—	21—26	—	—	—
Kälber								
Doppellender	58—70	—	—	—	—	—	—	—
best. Mast- u. Saugk.	48—53	48—54	45—52	49—52	48—50	—	—	32—35
mittlere M.- u. S.	42—47	39—47	38—44	42—48	40—47	—	—	27—31
geringe	—	28—38	27—35	32—41	—	—	—	24—26
Schafe								
Mastl. u. j. Masth.								
1. Weidemast	—	—	33—35	—	—	—	—	—
2. Stallmast	—	—	—	—	—	—	—	—
m. Mastl., ä. Masth.	—	—	—	—	—	—	—	—
m. gut gen. Schafe	—	—	—	—	—	—	—	—
fleischiges Schafv.	22—28	—	—	—	—	—	—	—
Sauglämmer	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweine								
a) ü. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	—	43—45	42—45	—	—
b) 240—300 Pfd.	40—44	39—42	41—44	40—41	43—45	42—44	—	36—40
c) 200—240 Pfd.	40—44	38—43	41—44	40—42	43—45	42—44	47	35—40
d) 160—200 Pfd.	37—42	37—42	40—42	38—40	40—42	38—42	45—46	34—39
e) 120—160 Pfd.	—	34—38	37—40	36—39	35—39	—	43—44	—
f) unter 120 Pfd.	—	—	—	—	32—36	—	—	—
Sauen	30—36	31—34	32—38	—	—	—	—	35—37

Geschäftsgang:

Köln. Großvieh: Beste Tiere auch noch höher bezahlt; sehr schlecht; Ueberstand. Kälber und Schafe: Ruhig. Schweine: Ruhig; später stark abflauend; geräumt.
Düsseldorf. Großvieh: Mittel. Kälber: Mittel. Schweine: Gedrückt.
Essen. Großvieh: Schleppend. Kälber, Schafe, Schweine: Ruhig.
Dortmund. Großvieh: Schlecht; kleiner Ueberstand. Kälber: Langsam; geräumt. Schweine: Sehr langsam; geräumt.
Elberfeld. Großvieh: Schlecht; Ueberstand. Kälber: Schlecht. Schweine: Mittel.
Barmen. Großvieh: Schlecht; Ueberstand. Schweine: Langsam; geräumt.
Aachen. Großvieh: Langsam; geräumt. Schweine: Geräumt.
Kassel. In allen Gattungen sehr schlecht; überall Ueberstand.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht-, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. — Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen bei Rindern 20 Prozent, bei Kälbern und Schafen 18 Prozent, bei Schweinen 16 Prozent. — Bei Schweinen L.-G. = Lebendgewicht.

Ölberger Musikverein Burscheid

(Dirigent: Städt. Kammermusiker W. Weber)

Sonntag, den 17. Januar 1932

abends 7 Uhr

in der Schützenburg zu Burscheid

II. Abonnements-Konzert (Marsch-Abend)

Eintrittspreis für Nicht-Abonnenten im Vorverkauf 80 Rpf. bei R. Reininghaus und Frau E Steffens in Burscheid, Frau H. Jaspers in Hilgen und Eugen Busch in Dierath. — Kassenpreis 1.— Rmk.

Erwerbslose zahlen 50 Rpf. an der Saalkasse.

Winter-Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsst. d. Zeitung

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband

Ortsgruppe Burscheid-Hilgen.

Donnerstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Deutschen Haus, Burscheid, Hauptstr.

Jahreshauptversammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl.
4. **Vortrag des Kreisgeschäftsführers Huffenbach, Köln,** über **„Wirtschaftskrise und Notverordnung".**

Der Vorstand.

Suche im Bergischen Lande, am liebsten Nähe Schlebusch oder Burscheid, ein

Garten- oder Landhäuschen

welches gesund und frei liegt **oder sonst schöne Wohnung** für 2 Personen zu mieten Auf Land oder Garten wird kein Wert gelegt. Offerten unter A. M. an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Gütchen

worauf 3 bis 5 Kühe gehalten werden können, zu mieten event. zu kaufen gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebrauchter

Küchenherd

gesucht. Offerten unter F. K. an die Geschäftsstelle dsr. Ztg.

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487.

Inserieren bringt Gewinn!

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 9 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Dienstag, den 12. Januar 1932

Aus der Heimat

Erfolgreicher Hühnerdiebstahl

In der vergangenen Nacht statteten Diebe einem Einwohner in Ziegelfeld einen unerwünschten Besuch ab. Von den im Stalle befindlichen 16 Hühner nahmen sie 14 Tiere mit, zwei dem Besitzer noch überlassend.

Der bergische Geschichtsverein wirbt

Der Bergische Geschichtsverein, Abteilung Niederwupper, in Opladen, der in diesem Winter bereits mit größeren Veranstaltungen in Opladen und Leverkusen an die Oeffentlichkeit trat, veranstaltet am Donnerstag, 14. Januar

Hugenbergs Antwort 3. Seite

1932, nachmittags 5 Uhr im Hotel Hoffmann in Opladen seine dritte diesjährige Winterveranstaltung. Studienrat Dr. Hünermann-Köln spricht über: „Das älteste Memorienbuch von St. Gereon und die Homilien des Cäsarius von Heisterbach in ihrer Bedeutung für unsere Heimat".

Die Leitung der Abteilung Niederwupper legt Wert darauf, daß zu dieser Veranstaltung nicht nur die Mitglieder des Bergischen Geschichtsvereins erscheinen, sondern sie wünscht auch im Interesse der heimatgeschichtlichen Forschung den Besuch von Gästen und Freunden. Man darf der Veranstaltung ein volles Haus wünschen.

Katastrophale Lage des Handwerks

In einer Versammlung des Kölner Handwerks am Sonntag kennzeichnete Obermeister Gustav Pesch, der Vorsitzende des Kölner Innungsverbandes, die katastrophale Lage im Handwerk. Besonders trostlos sei es im Bauhandwerk und den Nebenzweigen. Allgemein seien von den selbständigen Handwerksbetrieben in den letzten Jahren rund sechzig Prozent bereits verschwunden. Die Frage der städtischen Gebühren und Tarife, deren Herabsetzung noch immer auf sich warten lasse, sei ein besonderes Schmerzenskind. Unheilvoll habe sich auch der Beschluß ausgewirkt, alle öffentlichen Bauten stillzulegen. In der Aussprache kam die starke Verbitterung, die in Handwerkerkreisen herrscht, zum Ausdruck.

Verlängerte Gültigkeit der Arbeiterrückfahrkarten

Die bisher längstens sieben Tage betragende Gültigkeit der Arbeiterrückfahrkarten ist jetzt auf längstens zehn Tage verlängert worden. Durch diese Verlängerung soll die Benutzung der Arbeiterrückfahrkarten auch dann ermöglicht werden, wenn Arbeitnehmer z. B. wegen Arbeitsmangels eine volle Woche beurlaubt sind. Die Arbeiterrückfahrkarten gelten nach wie vor zur Fahrt nach dem Wohnort der Angehörigen am Tage vor Sonn- und Festtagen oder an diesen Tagen selbst, zur Rückfahrt an Sonn- und Festtagen oder am darauffolgenden Tage. Die Karten können nunmehr am Samstag für die Fahrt nach dem Wohnort gelöst und noch am Montag der übernächsten Woche zur Rückfahrt benutzt werden.

Die Steuererklärungen für 1931

Der Reichsfinanzminister hat als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit vom 15. bis 29. d. M. bestimmt.

Kürzung der Höchstbeträge

Die Solinger Industrie- und Handelskammer weist darauf hin, daß der Reichswirtschaftsminister mit Rücksicht auf die weiter angespannte Devisenlage Anweisung gegeben hat, daß der für die reine Wareneinfuhr in den allgemeinen Devisengenehmigungen festgesetzte Höchstbetrag für Januar 1932 nur bis zur Höhe von 75 Prozent in Anspruch genommen werden darf. Die Firmen sollen alle zur Verfügung stehenden Kreditmöglichkeiten soweit wie möglich ausnutzen (Stillhaltekredite und Kreditinanspruchnahme der Lieferanten). Sofern die Firmen mit der Begründung, daß ihnen Kreditmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, Devisen über die 75 Prozent des Höchstbetrages hinaus erwerben wollen, bedarf es dazu einer Einzelgenehmigung, die unmittelbar bei der Stelle für Devisenbewirtschaftung unter Beifügung geeigneter Unterlagen dafür, daß die Firma Kredit nicht in Anspruch nehmen kann, zu beantragen ist. Die Entscheidung über diese Anträge hat sich der Reichswirtschaftsminister vorbehalten.

Devisenmeldung an die Reichsbank

Wie die Solinger Industrie- und Handelskammer von der Reichsbank erfährt, glauben viele Firmen, mit der Ablieferung der Divisen ihrer Pflicht gegenüber der Reichsbank, zum 10., 20. und letzten jeden Monats unter Verwendung von Vordruck II eine besondere Meldung über die Deviseneingänge und die Verwendung der Devisen zu erstatten, genügt zu haben. Diese Ansicht ist irrig. Neben der Ablieferungspflicht der Devisen läuft die Meldepflicht zu den vorstehend erwähnten Zeitpunkten einher.

Wahrscheinlich keine neuen Steuern in Preußen

Von unterrichteter preußischer Seite erfahren wir über die zur Zeit in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Ausgleich des preußischen Etats, daß Preußen aller Wahrscheinlichkeit nach keine neuen Steuern einführen wird.

„Frischauf" Hilgen weiter erfolgreich

Bei dem am vergangenen Sonntag stattgefundenen Meisterschafts-Ringkampf Hilgen gegen Solingen-Dorperhof, war es der Hilgener Ringermannschaft vergönnt, wiederum einen Sieg herauszuholen. Trotzdem die Hilgener in verschiedenen Klassen mit Ersatz antraten, holten sie dennoch ein 21:18 Resultat heraus.

Im Fliegengewicht gelang es Garbe-Hilgen seinen Gegner Rüdiger-Dorperhof im 1. Gang nach 7 Min. auf beide Schultern zu zwingen, während er im 2. Gang nach 3 Min. eine Niederlage einstecken mußte.

Marx-Hilgen mußte im 1. Gange nach $7\frac{1}{2}$ Min. unterliegen und im 2. Gange wurde der Gegner Brückmann als Punkt-Sieger anerkannt.

Lempert-Hilgen kämpfte gegen Müller-Dorperhof und konnte (trotzdem er als Neuling die Matte betrat), seinen Gegner nach $\frac{1}{4}$ bezw. 6 Min. auf beide Schultern bringen.

Im Leichtgewicht standen sich Engelhardt-Hilgen und Koch-Dorperhof gegenüber. Im 1. Gange mußte Engelhardt nach $\frac{1}{2}$ Min. eine Niederlage einstecken, während er im 2. Gange nach $2\frac{1}{2}$ Min. einen Schulter-Sieg herausholte.

Förster-Hilgen kämpfte gegen Gottschall-Dorperhof und mußte in beiden Gängen nach 10 Min. durch Punkte-Wertung unterliegen.

Röttger-Hilgen war seinem Gegner Müller-Dorperhof sichtlich überlegen und erledigte seinen Gegner nach $\frac{1}{2}$ bezw. 1 Min.

Im Schwergewicht mußte Gelhausen-Hilgen im 1. Gange nach $6\frac{1}{2}$ Min. unterliegen, während er im 2. Gange nach 7 Min. seinen Gegner Göbeler-Dorperhof besiegte.

Das Endresultat lautete somit 21:18 für Hilgen. Als Schiedsrichter fungierte Schmitter-Metzholz.

Der jetzige Tabellenstand ist folgender:

	Kämpfe	Punkte	gew.	verlor.	Punkte +	Punkte −
Hilgen	5	10	5	—	138	61
Düsseldorf-Wersten	4	6	3	1	88	70
Metzholz	6	6	3	3	125	107
Sol.-Friedrichsaue	3	2	1	2	61	57
Solingen-Dorperhof	4	2	1	3	54	102
Köln-Flittard	4	—	—	4	47	116

Ein Festtag für Witzhelden

Die Feier des 50jährigen Ehejubiläums der Eheleute Tugendhold Pulvermacher vom Sieferhof fand am vergangenen Samstag im vollbesetzten Saale von Braches in Oberbüscherhof statt. Kurz nach 4 Uhr wurde das greise Jubelpaar von Fackeln tragenden Kindern in den Festsaal geleitet. Nach einem Eingangslied „Großer Gott, wir loben dich" gesungen von den Schulkindern, nahm Pfarrer Schreiber die Trauung vor. Pfarrer Schreiber überbrachte gleichzeitig die Glückwünsche der evgl. Landeskirche und überreichte dem Jubelpaar neben einem Glückwunschschreiben eine Ehejubiläumsmedaille, die folgende Inschrift zeigte: „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet". Mit den besten Wünschen für ein ferneres Wohlergehen schloß er seine Worte. Die Kinder stimmten das Lied an: „So nimm denn meine Hände". Nachdem das Lied verklungen, brachte das Enkelkind des Jubelpaares, die Schülerin Erna Pulvermacher einen von Lehrer Banken-Herscheid verfaßten Prolog zum Vortrag, der großen Beifall erntete.

Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sprach Bürgermeister Baupel. Er sprach namens der Gemeinde dem Jubelpaar die herzlichsten Glück- und Segenswünsche aus. Er führte hierbei etwa folgendes aus: Es bedeutet etwas, wenn Menschen in Gesundheit und Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte das siebzigste und achtzigste Lebensjahr erreichen. Ein besonders freudiges Ereignis sei es, wenn zwei Menschen die einst den Bund fürs Leben schlossen, in Gesundheit die goldene Hochzeit miteinander feiern können. Eine derartige seltene Begebenheit sei wohl würdig, im Kreise von Angehörigen, Verwandten und Bekannten gefeiert zu werden. An diesem seltenen Fest nehmen auch der Reichspräsident, die preuß. Staatsregierung, Kreis- und Gemeindeverwaltung Anteil. Der Reichspräsident hat den Alten ein Glückwunschschreiben zugehen lassen. Im Auftrage des Landrats überreichte der Bürgermeister das Glückwunschschreiben der Staatsregierung und des Landrats. Auch überreichte er ein kleines Angebinde der Gemeinde. Er schilderte im Verlauf der weiteren Ausführungen das Leben der beiden Alten, das Mühe und Arbeit gewesen ist. Er wünschte dem Jubelpaar auch weiterhin einen zufriedenen Lebensabend und verband hiermit den Wunsch, daß auch sie es noch erleben möchten, daß die schon so lange erhoffte Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintritt. Mit einem Hoch auf das Jubelpaar schloß er seine Ausführungen.

Deklamationen, Gedichte, Gesang, Musik und einige Aufführungen folgten. Lehrer Banken als Vertreter des Schulvereins feierte die Alten in zu Herzen gehenden Ausführungen. Aus der Geschichte des Sieferhofes erzählte er manch Interessantes. Als Angebinde überreichte er den beiden Alten je einen Ruhesessel mit dem Wunsche, daß es ihnen vergönnt sein möge, noch recht viele Jahre hierin gemütliche, zufriedene Stunden zu verleben. Lehrer Kocks feierte den Jubelbräutigam als einstigen, rührigen Sänger. Die Männergesangvereine von Herscheid und Metzholz füllten den zweiten Teil des Programms aus. Nach Abwicklung des Programms dankte Lehrer Kocks namens des Jubelpaares allen, die an der Veranstaltung mitgewirkt und teilgenommen hatten, besonders Bürgermeister Baupel, Pastor Schreiber und Lehrer Banken. Dank gebührt vor allem Lehrer Banken, der die wundervoll verlaufene Hochzeitsfeier in allen Einzelheiten in mühevoller Arbeit vorbereitet hatte.

Der rheinische Ackerbau 1931

Für den rheinischen Ackerbau war das vergangene Jahr 1931 gekennzeichnet durch eine außerordentlich ungünstige Erntewitterung, wodurch namentlich die Getreideernte in den Höhengebieten der Provinz schwer geschädigt wurde. Auch die Haltbarkeit der mengenmäßig befriedigenden Kartoffelernte wurde durch die nasse Witterung stark beeinträchtigt. Trotz der Ernteungunst und trotz der z. T. stark abgesunkenen Preise konnten die von der Landwirtschaftskammer in Angriff genommenen Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Ackerbaues erfolgreich fortgesetzt werden. Bei der Steigerung und Verbilligung der ackerbaulichen Produktion haben sich auch im vergangenen Jahre die 77 Versuchsringe der Provinz mit den 3000 angeschlossenen Betrieben bestens bewährt. Sie haben besonders die Rentabilität der Düngung stark gefördert und eine erfreuliche Vereinigung des Sortenwirrwarres mit dem Ziel einheitlicher Qualitätsproduktion erzielt. Bei der Saatenanerkennung von seiten der Landwirtschaftskammer wurden im Jahre 1930 insgesamt 828 Hektar anerkannt. Im rheinischen Braugerstenbau hat die Qualitätserzeugung, die bei den Schwierigkeiten des Gerstenabsatzes mehr denn je erforderlich ist, weitere Fortschritte gemacht; auf den drei von der Landwirtschaftskammer veranstalteten Braugerstenschauen trat der Einheitssorten- und Qualitätsbau recht deutlich in Erscheinung.

Beim Kartoffelbau wurde, wenn auch vorläufig von der Schaffung einer Markenkartoffel in der Rheinprovinz Abstand genommen werden mußte, doch die Erzeugung von gutsortierten Qualitätskartoffeln weiter gefördert. Der im Jahre 1929 gegründete Zweckverband der Kartoffelerzeuger für den Regierungsbezirk Koblenz, der das große sog. oberländische Gebiet des Qualitätskartoffelbaues umfaßt, setzte in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer seine Tätigkeit erfolgreich fort. Der Frühkartoffelbau erfuhr flächenmäßig eine nicht unwesentliche Ausdehnung und brachte es durch die verschiedenartigen technischen Fortschritte zuwege, mit seiner Ware frühzeitig auf dem rheinischen Markte zu erscheinen und den Zufuhren von Frühkartoffeln aus dem Ausland erheblichen Abbruch zu tun. Hierzu hat der vielerorts erfolgte Bau von Frühkartoffelvorkeimhäusern wesentlich beigetragen. Im ganzen wurden in der Rheinprovinz aus Mitteln des Notprogramms bisher 138 Frühkartoffelvorkeimhäuser mit einer Vorkeimfläche von 3848 Quadratmeter errichtet. Zur Verwertung der Ueberschußkartoffeln wurden auch in der Rheinprovinz im vergangenen Jahre wieder zahlreiche Kartoffeleinsäuerungsgruben erbaut, die eine restlose Haltbarmachung der Kartoffeln gewährleisten. In der Rheinprovinz sind bisher mit Hilfe von Reichsmitteln 110 derartige Gruben mit einem Gesamtinhalt von 4256 Kubikmeter erbaut worden. Die Bestrebungen, den Saatkartoffelbau in den rheinischen Höhengebieten, besonders in der Eifel, zu fördern, wurden im vergangenen Jahre mit Erfolg weitergeführt. Diese Gebiete sind durch Boden und Klima durchaus in der Lage, gesundes, widerstandsfähiges Kartoffelsaatgut zu erzeugen und die Kartoffelbaugebiete der rheinischen Niederung mit ihren den Kartoffelbau begünstigenden Lagen zu beliefern.

Für den Zuckerrübenbau, der das Rückgrat zahlreicher Betriebe in den rheinischen Flachlandgebieten ist, brachte das vergangene Jahr große Schwierigkeiten, die durch die Einschränkung der Rübenbaufläche und die spätere weitere Herabsetzung des Kontingents bedingt waren. Die Verminderung der Rübenfläche machte in den Betrieben tiefeingreifende Anbauveränderungen und Umstellungen erforderlich, die durch die Aufklärung und Beratung der Landwirtschaftskammer mit Erfolg vorgenommen wurden. Die freiwerdende Rübenfläche wurde hauptsächlich mit Futterpflanzen, besonders Luzerne, bebaut. In der Frage der Verwertung der Ueberschußrüben hat die Landwirtschaftskammer Richtlinien herausgegeben, wie die Zuckerrüben durch Verfütterung zweckmäßig verwertet werden können.

Bier ab 1. Februar billiger

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Gördeler, hat dem Brauerei- und dem Gastwirtsgewerbe von den Preisvorschriften der Notverordnung bis zum 1. Februar Dispens erteilt. Bis zu diesem Termin soll die Entscheidung über den Umfang der Biersteuersenkung gefallen sein, wobei der Umfang der Biersteuersenkung auf Grund einer Vorlage vom Reichsrat beschlossen werden wird.

Die Vertreter des deutschen Brauerei- und Gastwirtsgewerbes haben der Regierung eine Ermäßigung um 10 Mark je Hektoliter Vollbier vorgeschlagen. Gleichzeitig sind die Gastwirte bereit, die Ausschankpreise um den doppelten Betrag der Steuerermäßigung zu kürzen, das würde also bedeuten, daß ab 1. Februar das große Glas Bier 10 Pfennig und das kleine Glas Bier 5 Pfennig billiger wird.

In der Vorlage, die das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat zugehen lassen wird, soll betont werden, daß die in den Jahren 1930 und 1931 vorgenommenen Erhöhungen der Biersteuer den erwarteten Mehrertrag nicht gebracht haben. Für das neue Etatsjahr 1931-32 hat die Reichsregierung selbst den ursprünglich eingesetzten Voranschlag von 510 Millionen Mark auf 460 Millionen Mark herabgesetzt. Auch diese Summe wird nicht erreicht werden.

Meldet die Waffen an

Die Frist ist bis zum 20. Januar verlängert

Der Regierungspräsident hat durch Anordnung vom 28. Dezember die Anmeldung aller unter das Schußwaffengesetz fallenden Schußwaffen und Munition bis zum 9. d. M. angeordnet. Die Anmeldung hat in einem solch großen Umfange stattgefunden, daß in den Großstädten die einzelnen Polizeireviere kaum in der Lage waren, alle Anmeldungen ordnungsmäßig entgegenzunehmen. Um denjenigen, die ihre Waffen und Munition noch nicht zur Anmeldung gebracht haben, Gelegenheit zu geben, sich vor Strafe zu schützen, hat der Regierungspräsident in Düsseldorf den Termin, bis zu dem Waffen und Munition angemeldet werden müssen, endgültig auf den 20. Januar 1932 festgesetzt.

Der Regierungspräsident weist nochmals darauf hin, daß diejenigen, die ihre Waffen und ihre Munition nicht anmelden, nach der vierten Verordnung mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und, wenn Fahrlässigkeit vorliegt, mit Geldstrafen bestraft werden.

Keine neuen Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung

In einem Berliner Blatt ist behauptet worden, das Reichsministerium des Innern beabsichtige, neue Ausführungsbestimmungen zur letzten Notverordnung über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu erlassen. Im Reichsinnenministerium ist von derartigen Plänen nichts bekannt.

Noch keine Vierpfennigstücke

Die Vierpfennigstücke sind bisher noch nicht ausgegeben worden. Der Reichsrat hat bereits am 19. Dezember die Ausprägung von 2 Mill. Mark, also 50 Mill. Stück genehmigt. Die Vorbereitungen sind im wesentlichen getroffen. Ein Auftrag ist den Münzstätten noch nicht gegeben. Es ist aber anzunehmen, daß im Laufe dieses Monats noch mit der Prägung begonnen wird, so daß im Februar die neuen „Preisabbaumünzen" in den Verkehr kommen können. Im Dezember wurden noch Fünfpfennigstücke im Betrag von 338 706 Mark geprägt; sie werden demnach nicht eingezogen.

Wie die neuen Marken aussehen

Die Reichspost wird erst in der ersten Hälfte des Februar die neuen Marken zu 6 und zu 12 Pfennig an die Schalter geben können. Die 6-Pfennig-Marke wird in einem anderen Grün als die 5-Pfennig-Marke den Kopf des Reichspräsidenten Ebert zeigen. Die 12-Pfennig-Marke bekommt ein anderes Rot als die 10- und die 15-Pfennig-Marke. Sie wird den Kopf des Reichspräsidenten Hindenburg tragen. Bis zur Ausgabe der neuen Marken muß das Publikum die 3- und 4-Pfennig-Marken zum Frankieren von 6- und 12-Pfennig-Sendungen heranziehen. Auf keinen Fall wird die Post Ueberdruck-Marken ausgeben, die stets eine Quelle des Aergers und der Gefahr sind.

Erst Anfang Februar sind auch die neuen Postkarten zu 6 Pfennig zu erwarten. Bis zum 15. Januar kann man die alten Bestände an 8-Pfennig-Postkarten zurückgeben und dafür auch Marken bekommen. Nach dem 15. Januar werden die 8-Pfennig-Postkarten von der Post ohne Aufdruck eines neuen Wertes für 6 Pfennig an den Schaltern verkauft.

Keine Volkszählung 1932?

Da die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1925 in den mehr als sechs Jahren sehr starke Aenderungen erfahren haben, hat der Deutsche Städtetag beim Reich beantragt, die 1930 ausgefallene Volkszählung wenigstens durch eine kleine Volkszählung im Sommer 1932 zu ersetzen.

Der Einzelhandel muß geschützt werden

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten wendet sich in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gegen die vermehrte Aufstellung von Automaten und die Förderung dieser Benutzung derch Zulassung der Warenabgabe auch während der allgemeinen Ladenschlußzeiten. Eine Verbreitung würde zu einer weiteren Einschränkung des Personalbedarfs im Einzelhandel führen und die Zahl der beschäftigungslosen Angestellten, die nach einer amtlichen Meldung bereits über 500 000 beträgt, steigern. Eine von Großunternehmungen betriebene stärkere Automatisierung dürfte sich auch zum Schaden der kleineren und mittleren Einzelhandelsunternehmungen auswirken.

Monatliche Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer

Die Aenderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, wonach die Steuer für eine Vierteljahrskarte in monatlichen Teilen entrichtet werden kann, ist in Kraftfahrerkreisen lebhaft begrüßt worden. Sicherlich wird diese Maßnahme dazu beitragen, zahlreiche stillgelegte Kraftfahrzeuge wieder in den Verkehr zu bringen.

Was jedoch den Wert der Maßnahme etwas beeinträchtigt, ist die Anordnung, daß bei Zahlungen in Monatsraten ein Aufgeld von acht v. H. zu entrichten ist. So verständlich es ist, daß für die den Behörden entstehende Mehrarbeit ein Verwaltungskostenzuschlag erhoben werden muß, ist ein Aufgeld von 8 Prozent wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen. In der Zeit einer allgemeinen Preissenkungsaktion muß auch seitens der Regierung alles geschehen, um Gebühren und Verwaltungskosten möglichst gering zu halten.

Der Automobilclub von Deutschland hat deshalb ein Schreiben an den Herrn Reichsminister der Finanzen gerichtet mit der Bitte, das Aufgeld von 8 Prozent wesentlich herabzusetzen.

Aus Westdeutschland

Der Solinger Defraudant erwischt

Solingen, 12. Jan. Bei der Kriminalpolizei lief gestern die Meldung ein, daß der nach Unterschlagung von 50 000 Mark Sparkassengeldern geflüchtete Abteilungsleiter Ernst Knecht sich Montag früh mittellos auf einer Kriminalwache in Berlin gemeldet hat. Er wird von einem hiesigen Beamten abgeholt werden, damit er die Strafe für seine Tat bekommen kann.

Kein Streik der Solinger Straßenbahner

Solingen, 12. Jan. Montag abend fand eine Urabstimmung der Solinger Straßenbahner darüber statt, ob die Belegschaft in den Streik treten solle oder nicht. An der Abstimmung beteiligten sich 324 Angestellte. Davon stimmten 159 mit Ja, 157 mit Nein, während acht Stimmen ungültig waren. Der Streik ist also abgelehnt, da die Mehrheit von 163 Stimmen nicht erreicht wurde. Das Abstimmungsergebnis ist insofern interessant, als die Rote Gewerkschaftsopposition, die sich für den Streik einsetzte, diesmal mehr Stimmen erhielt, als bei der Ende Dezember stattgefundenen Betriebsratswahl.

Schweres Autounglück

Solingen, 12. Jan. Auf der stark abschüssigen Strecke bei Brücke, auf der sich schon wiederholt schwere Unfälle ereignet haben, ist wiederum ein schwerer Unfall passiert, dem anscheinend ein Menschenleben zum Opfer fallen wird. Ein mit fünf Tonnen Gerste beladener schwerer Wagen nebst Anhänger der Firma Ehrengold in Krefeld-Uerdingen kam von Höhscheid. Anscheinend haben die Bremsen versagt. Das hatte zur Folge, daß der Anhänger mit voller Wucht auf den Vorderwagen auffuhr und ihn umstürzte, das Unterste zu oberst kehrend. Dem Fahrer drang dabei das Steuer tief in die Brust. Er wurde in hoffnungslosem Zustand ins hiesige Krankenhaus gebracht. Der Beifahrer konnte mit verhältnismäßig leichten Verletzungen unter den Trümmern hervorkriechen.

Räuber entwischt zwei Kriminalbeamten

Remscheid, 12. Jan. Am hiesigen Hauptbahnhof beobachteten in der Nacht zum Sonntag zwei Kriminalbeamte einen jüngeren Mann, der ihnen verdächtig vorkam. Als sie seine Personalien feststellen wollten, floh der Bursche über die Gleise und blieb auf die Haltrufe der Beamten nicht stehen. Mehrere hinterher gefeuerte Schüsse hatten keinen Erfolg. Der Bahnräuber entkam in der Dunkelheit. Denn um einen solchen handelte es sich augenscheinlich; die Beamten fanden beim Absuchen der Gleise eine Aktentasche und einen Koffer, die der Bursche von sich geworfen hatte. Die Aktentasche war mit Einbrecherwerkzeug aller Art gefüllt, während der Koffer mehrere Sparkassenbücher, Kleidungsstücke und Werkgegenstände enthielt, die zweifellos von Einbrüchen herrühren.

Nicht aus Gram in die Wupper gegangen

Wuppertal, 12. Jan. Wir berichteten, und zwar auf Grund einer Mitteilung der Feuerwehr, daß die Großmutter des am Donnerstag in der Wupper ertrunkenen Knaben aus Gram über den Verlust des Enkelkindes am Freitag ebenfalls den Tod in der Wupper gesucht und gefunden habe. Jetzt hat sich aber die Frau bei der Polizei gemeldet. Es liegt somit eine Verwechslung seitens der Feuerwehr vor, die an der Absuchung der Wupper und der Bergung der Leiche beteiligt war. Die Frau, die in die Wupper gegangen ist und deren Leiche tatsächlich auch gefunden wurde, ist eine Geschäftsinhaberin aus dem Stadtteil Sonnborn, die an einem Gemütsleiden litt und sich in einem Anfall von Schwermut das Leben genommen hat.

Ein Todesopfer der Cronenberger Schießerei

Cronenberg, 12. Jan. Der Schleifer, der in einer Wirtschaft im Stadtteil Cronenberg von einem Postbeamten im Streit durch einen Revolverschuß schwer verletzt worden war, ist gestern morgen seiner Verletzung im Krankenhaus erlegen. Der Mann war verheiratet.

Fünf Stück Vieh durch elektrischen Strom getötet

Berg.-Gladbach, 12. Jan. In Kalmünten bei Bergisch-Gladbach ereilte gestern den Landwirt Selbach ein schwerer Schicksalsschlag. Durch elektrischen Erdschluß wurden zwei tragende Kühe, zwei tragende Rinder und ein Bulle, das Kernstück seines gesamten Viehbestandes, getötet. Keins der Tiere war versichert.

Kupferleitungsdiebstahl.

Gelsenkirchen, 11. Jan. In einer der letzten Nächte wurden vom Rohrlager des Schalker Vereins an der Wattenscheider Straße etwa 500 Meter Kupferleitung gestohlen.

Zehn Schaufenstereinbrecher festgenommen.

Köln, 11. Jan. 10 Personen wurden festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, in den letzten Wochen Schaufenstereinbrüche begangen zu haben.

Schweres Kraftwagenunglück.

Bonn, 11. Jan. Auf der Köln—Bonner Landstraße zwischen Köln und Godorf rannten zwei Personenkraftwagen in voller Fahrt aufeinander. Die fünf Insassen eines der beiden verunglückten Wagen erlitten erhebliche Verletzungen und mußten zunächst dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Verunglückten stammen aus Düsseldorf.

Kurz nach der Diamantenen Hochzeit gestorben.

Düren, 12. Jan. Die Eheleute Schievelbein aus dem Stadtteil Grüngürtel konnten vor einigen Tagen das Fest der Diamantenen Hochzeit begehen. Die Jubilarin, die noch recht rüstig war, ist jetzt plötzlich einem Schlaganfall erlegen.

Tod durch Kohlenoxydgas.

Düsseldorf, 12. Jan. In einem Hause an der Luisenstraße wurde ein älteres Ehepaar gasvergiftet aufgefunden. Aus einem Dauerbrandofen im Schlafzimmer, der vollständig abgestellt, aber nicht genügend gereinigt war, waren Verbrennungsgase ausgeströmt. Während bei der 70jährigen Frau der Tod festgestellt wurde, waren die Wiederbelebungsversuche bei dem 73jährigen Mann von Erfolg.

Nichts ist so fein gesponnen.

Krefeld, 11. Jan. Durch Zufall gelang es, den am 9. Dezember 1931 bei einem Krefelder Juwelier verübten Einbruchdiebstahl, wobei den Tätern für etwa 30 000 Mark Schmucksachen in die Hände fielen, aufzuklären. Bei einem Juwelier in Venlo erschienen vor einigen Tagen zwei Deutsche, die 30 goldene Trauringe zum Kauf anboten. Der Juwelier, dem die Sache höchst verdächtig vorkam, benachrichtigte die Polizei, die die zwei Verkäufer festnahm. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Ringe aus dem Diebstahl in dem Krefelder Goldwarengeschäft stammen, jedoch wollten die Verhafteten die Ringe wieder von dritten Personen gekauft haben. Die beiden Verdächtigen wurden nach Krefeld überführt und es gelang, auch die eigentlichen Einbrecher zu ermitteln und festzunehmen.

Großfeuer im Walzwerk der Ruhrstahl A.-G.

Witten, 12. Jan. Im Drahtwalzwerk der Ruhrstahl A.-G. brach ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit den Dachstuhl vollständig vernichtete. Ebenso wurden wertvolle Einrichtungen schwer beschädigt.

Einbruchsversuch bei der Spar- und Kreditbank in Langendreer.

Langendreer, 12. Jan. Nachts zum Sonntag versuchte ein Einbrecher, den Geldschrank bei der Spar- und Kreditbank aufzubrechen. Er wurde aber rechtzeitig bemerkt und mußte die Flucht ergreifen. Am Tatort hatte der Täter eine Sauerstoffflasche mit dem Aufdruck „Harpener Bergwerk" zurückgelassen.

Keine neuen Richtpreise für Milch.

Essen, 12. Jan. Aus Mitgliederkreisen des Rheinisch-Westfälischen Milchausschusses wird uns folgendes mitgeteilt: Der Rheinisch-Westfälische Milchausschuß tagte am Freitag, den 8. d. M. in Essen. Da die Verhältnisse auf dem Frischmilchmarkte in den Erzeugungs- und Absatzgebieten eine einheitliche Richtpreisfestsetzung nicht zuließen, stellte sich der Milchausschuß auf den Standpunkt, zurzeit von einer neuen Richtpreisfestsetzung Abstand zu nehmen.

Wasserrohrbruch.

Essen, 11. Jan. Auf der Steeler Straße platzte ein starkes Wasserrohr. Der Druck des Wassers war so stark, daß schwere Pflastersteine in die Luft geschleudert wurden. In kurzer Zeit waren die Straßen überflutet, da die Abflußkanäle die gewaltigen Wassermengen nicht aufnehmen konnten. In einem Keller der Nachbarschaft stand das Wasser 2½ Meter hoch. Das Wasserwerk leitete die Ausbesserungsarbeiten in die Wege. Die Feuerwehr hatte reichlich Arbeit, die vollgelaufenen Keller leer zu pumpen.

Die Verringerung des Aufsichtsrats des RWE.

Essen, 12. Jan. Es sind zur Zeit Verhandlungen im Gange über eine neue Zusammensetzung des Aufsichtsrates des Rheinisch-Wesfälischen Elektrizitäts-Werkes. Die Zahl der Mitglieder beträgt heute über hundert; sie muß nach der Notverordnung auf 30 vermindert werden. Vorgeschlagen wird, die Zahl der kommunalen Vertreter, die bisher drei Viertel der Gesamtzahl ausmachte, auf 20 und die Zahl der Privataktionäre, darunter Vereinigte Stahlwerke, Großbanken usw. auf 10 festzusetzen.

Die Finanzlage der Stadt Trier.

Trier, 12. Jan. Im Finanz- und Verfassungsausschuß erstattete der Oberbürgermeister von Trier einen Bericht über die Finanzlage der Stadt Trier. Der Fehlbetrag für das Jahr 1931 beträgt 227 800 Mark, der sich um den Fehlbetrag des vorigen Jahres auf 381 300 Mark erhöht. Für das Jahr 1932 ergibt sich nach den vorläufigen Berechnungen, daß gegenüber dem Haushaltsplan 1931 mit Ersparnissen von etwa 530 000 Mark gerechnet werden kann. Das Wohlfahrtsamt hat demgegenüber einen Etat-Voranschlag gemacht, der allein 600 000 Mark Mehrausgabe erfordert.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Bedauerlicher Verkehrsunfall

Berg. Neukirchen, 12. Jan. Gestern früh wurde unterhalb Berg. Neukirchens auf der Provinzialstraße eine Einwohnerin von einem Radfahrer rücklings angefahren und zu Boden geschleudert. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß der Radfahrer die Fußgängerin in der Dunkelheit zu spät bemerkt hat. Er soll ein schnelles Tempo gefahren sein. Die Verletzte ist so heftig angefahren worden, daß sie eine Zeitlang bewußtlos wurde.

Gesellschaft erloschen

Leverkusen-Steinbüchel, 12. Jan. Das Amtsgericht Opladen gibt bekannt: In unser Handelsregister Abteilung A ist unter Nr. 34 bei der Firma Wilhelm Kamp in Schnorrenberg, Gemeinde Steinbüchel, am 28. Dez. 1931 folgendes eingetragen worden: Die Gesellschaft ist erloschen. Der bisherige Gesellschafter Hugo Kamp ist alleiniger Inhaber der Firma.

Totschlag in Leverkusen

Leverkusen, 12. Jan. Der Arbeiter Ernst Fester hat gestern abend den in Manfort-Kunstfeld wohnenden Alfred Stadelmann im Verlauf einer Streitigkeit mit einem Kartoffelstampfer lebensgefährlich verletzt. Der Verletzte starb nach der Ueberführung ins Opladener Krankenhaus. Der Täter wurde verhaftet.

Notwehr oder Totschlag?

Leverkusen, 12. Jan. Zu der dieser Tage von uns veröffentlichten Meldung über die Erschießung eines angeblichen Fischräubers in Diez durch den Lehrer an der hiesigen evgl. Knabenschule A. Schuster wird uns noch aus Diez berichtet, daß am Samstag durch die Staatsanwaltschaft eine Ortsbesichtigung in Gegenwart des Täters am Tatort stattgefunden hat. Schuster, der übrigens aus Freiendiez stammt, befindet sich im Untersuchungsgefängnis in Limburg.

Unhaltbare Schulverhältnisse in Gieslenberg

Reusrath, 12. Jan. An der katholischen Schule in Gieslenberg wurde die zweite Klasse in den letzten zweieinhalb Jahren von nicht weniger als sechs verschiedenen Lehrern unterrichtet. Einzelne Lehrpersonen waren nur drei bezw. einen Monat an der Schule. Neuerdings ist wiederum ein Wechsel vorgesehen, so daß nunmehr die siebente Lehrperson in der gleichen Klasse unterrichten soll. Daß diese Verhältnisse auf den Unterricht sehr nachteilig auswirken, ist ohne weiteres einleuchtend. Die Vertreter der Elternschaft fordern daher eine endgültige Besetzung der Lehrstelle.

Vermißt

Leichlingen, 12. Jan. Vermißt wird seit einigen Tagen ein etwa 30jähriger Arbeiter aus Büscherhöfen. Es besteht leider Veranlassung zu der Annahme, daß H. sich ein Leid angetan hat. Seine elterliche Wohnung verließ er, nachdem er sich alte Kleidungsstücke angezogen und sich seines künstlichen Gebisses entledigt hatte. Der Fall ist umso tragischer als H. kurz vor der Heirat stand. Die vorgenommenen Ermittlungen nach dem Vermißten waren noch ohne Erfolg.

Wieder ein Einbruch

Wermelskirchen, 12. Jan. In der vorvergangenen Nacht wurde wieder in das Mombauer'sche Lebensmittelgeschäft an der Kölnerstraße auf recht verwegene Art eingebrochen. Diesmal hatten die Einbrecher Erfolg. Sie hießen allerdings Waren, insbesondere Rauchwaren, im Gesamtwerte von einigen hundert Mark mitgehen. Die Spitzbuben verschafften sich wieder Eingang, indem sie von der Hinterseite auf das Dach stiegen und eine Anzahl Dachpfannen aushingen. Vom Speicher aus durchbrachen sie dann die Decke zum Geschäft und ließen sich herunter. Im Geschäft wurde alles durchwühlt und wild durcheinander geworfen. Auch diesmal entkamen die Spitzbuben durch die Gärten auf die Wilhelmstraße zu unerkannt.

Das Neueste

Auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuthen hofft man, noch mindestens zwei oder drei Verschüttete lebend bergen zu können.

Bei einem Kinobrande in Marz im Burgenlande kamen zwei Personen ums Leben.

Die Weigerung der deutschen Rechtsparteien, einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zuzustimmen, wird in der Pariser Frühpresse als eine Niederlage Dr. Brünings bezeichnet.

„Popolo d'Italia" spricht sich für Streichung der Reparationsforderungen und gegen Zwischenlösungen auf der Lausanner Konferenz aus.

Das auf Kosten des Genfer Staatsrates erbaute Gebäude für die Abrüstungskonferenz wurde gestern dem Völkerbund übergeben.

Die französisch-englischen Verhandlungen zur Herstellung einer Einheitsfront in der Tributfrage haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Hauptschwierigkeiten liegen nach wie vor in der Festsetzung der Dauer des Zahlungsaufschubs. Leith Roß reist heute zur Berichterstattung nach London.

Das englische Kabinett hat es der „Times" zufolge abgelehnt, aus der Erklärung Brünings über die Tributfrage eine Drohung oder ein Ultimatum herauszulesen. Die Erklärung gebe nach Ansicht des Kabinetts lediglich die Auffassung der deutschen Regierung über die Lage wieder, wie sie durch den Baseler Bericht aufgedeckt worden sei.

In Santiago de Chile begann am Montag ein 48stündiger Generalstreik. Die Streikenden fordern u. a. Amnestie, Auflösung des Kongresses, Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung und Ausschreibung einer Bankanleihe.

Der chinesische Außenminister Eugen Tschen will nach britischen Meldungen zurücktreten, weil das Kabinett dem von ihm vorgeschlagenen scharfen Kampf gegen Japan nicht zugestimmt hat. Nach amtlichen chinesischen Nachrichten will die Regierung das Rücktrittsgesuch Tschens ablehnen und dann die diplomatischen Beziehungen zu Japan abbrechen.

Am Montag wurde eine neue Botschaft Gandhis bekannt, in der dieser sich gegen die fortgesetzte Goldausfuhr aus Indien wendet, wodurch Indien in die Gefahr eines Bankrottes gerate. England sei bankrott, daher stürze es sich mit allen Mitteln auf Indiens Goldreserven.

Immer langsam voran

Erst ab 1. Februar Senkung der Kölner Straßenbahntarife.

Köln, 10. Jan.

Der Reichsfinanzminister hat auf Antrag des Kölner Oberbürgermeisters nach Benehmen mit dem Preiskommissar die Beförderungssteuer für die Straßen- und Vorortbahnen niedergeschlagen. Voraussetzung für diese Niederschlagung ist, daß die Tarife der Straßen- und Vorortbahnen in dem Umfange gesenkt werden, wie sie vom Bahnausschuß in der letzten Sitzung beschlossen sind.

Das Amt für Werke und Bahnen wird nun unverzüglich die Arbeiten für die Einführung des neuen Tarifes aufnehmen. Nach Angaben der Stadt läßt es sich bei der kurzen Zeit nicht mehr ermöglichen, den Tarif zum 15. Januar dieses Jahres in Kraft zu setzen. Es bedeute schon eine große Arbeitsleistung, wenn zum 1. Februar alles klappt.

*

Senkung des Straßenbahntarifs in Duisburg.

In der Sitzung des Verkehrsausschusses machte die Verwaltung Mitteilung von der voraussichtlichen Senkung der Straßenbahnfahrpreise in Duisburg-Hamborn. Voraussetzung ist hierfür, daß die Beförderungssteuer vom Reichsverkehrsminister erlassen wird. Der Preis für eine Einzelfahrt soll von 20 auf 15 Pfennig im ganzen Stadtgebiet gesenkt werden. Gleichfalls wird auf der Duisburger Straßenbahn der Preis für eine Fahrt auf Blockfahrschein statt bisher auf 18,2 Pfennige in Zukunft 16,8 Pfennige betragen. Die Zweifahrtenwochenkarte ermäßigt sich um etwa 16 Prozent. Bei der Kreis-Ruhrorter und Hamborner Straßenbahn ist vorgesehen, daß sich der Fahrpreis für fünf Teilstrecken von 40 auf 30 Pfennige verringert.

Die Stillegungen

Dortmunds Hilfegesuch.

Dortmund, 11. Jan.

Wegen der drohenden Zechenstillegungen hatten der Bürgermeister von Dortmund, Hirsch, und Stadtverordnetenvorsteher Heußler mit dem Staatssekretär Staudinger vom preußischen Handelsministerium, dem Oberbergbauhauptmann und den zuständigen Referenten in Berlin verhandelt. Die Vertreter der Regierung versprachen, im Interesse der Stadt Dortmund, die durch etwaige Zechenstillegungen aufs neue eine erhebliche Belastung erfahren würde, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Gefahr abzuwenden. Die Frage der Stillegung von Gruben hänge aber im übrigen auch auf das engste mit einer Reihe von Fragen zusammen, für die die Reichsregierung zuständig ist. Aus diesem Grunde werden Vertreter der Stadt Dortmund sich in den nächsten Tagen nochmals nach Berlin begeben. Gleichzeitig werden Besprechungen mit Vertretern der Bergwerksgesellschaften angebahnt.

Hugenbergs Antwort an Brüning

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, hat dem Reichskanzler heute folgendes Schreiben übermittelt:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Sie legten mir gestern die Frage vor, wie sich die Deutschnationale Volkspartei zu Ihrem Vorschlage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, stelle. Sie, Herr Reichskanzler, konnten diese Frage nicht aufgerollt haben, wenn Sie dabei nicht des Einverständnisses des Zentrums und der SPD sicher gewesen wären. Es sind dies die Parteien, die seinerzeit die Wahl des Reichspräsidenten auf das Schärfste bekämpft haben. Mit dem Rückhalt dieser Parteien treten Sie jetzt an uns heran, die wir einst seine Wahl angeregt und durchgesetzt haben. Sie begründen Ihr Vorgehen mit der außenpolitischen Notwendigkeit einer Stärkung der „Stabilität" der deutschen Regierungsgewalt. Gleichzeitig schwächen Sie aber selbst diese Stabilität empfindlich durch die zähe Aufrechterhaltung einer Regierung im Reich und in Preußen, hinter der keine Mehrheit des Volkes steht. Sie begründen die Notwendigkeit Ihres Schrittes weiter mit der außenpolitischen Wirkung einer einheitlichen Vertrauenskundgebung für den Herrn Reichspräsidenten. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die außenpolitische Stellung Deutschlands am meisten durch einen Rücktritt der jetzigen Regierung gestärkt wird, deren Vergangenheit es ihr erschwert, den veränderten Willen des deutschen Volkes dem Auslande gegenüber glaubhaften Ausdruck zu geben.

Sie, Herr Reichskanzler, erstreben die Wiederwahl auf dem Wege der Beschlußfassung des Parlaments. Nach der Verfassung geht die Wahl des Reichspräsidenten unmittelbar vom Volke aus. Dieses Recht auf den Reichstag zu übertragen, liegt umsoweniger Anlaß vor, als der Reichstag der wahren Volksmeinung nicht mehr entspricht.

Als die alten Anhänger des uns nach wie vor verehrungswürdigen Generalfeldmarschalls glauben wir, zu der Bemerkung berechtigt zu sein, daß die Art seiner Hineinziehung in parteimäßige und parlamentarische Erörterungen der verfassungsrechtlichen Stellung und dem hohen Ansehen nicht gerecht wird, das der Herr Reichspräsident im deutschen Volke genießt. Diese Tatsache wird durch die öffentliche Behandlung der Angelegenheit bedauerlich verstärkt. Der parlamentarische Wahlakt würde als eine Vertrauenskundgebung weniger für den Herrn Reichspräsidenten als für die von uns bekämpfte Politik und insbesondere Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung wirken. Unter diesen Umständen muß ich Ihnen nunmehr endgültig mitteilen, daß eine Billigung oder Unterstützung Ihres Vorhabens für uns nicht in Frage kommen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. (Unterschrift).

Das Wetter von heute und morgen

Trockenes, zeitweise aufheiterndes Wetter ohne wesentliche Temperaturänderung, schwache Luftbewegung.

Los von Gelsenkirchen!

Gelsenkirchen, 11. Jan. Der Einwohnerausschuß der Stadt Buer hatte eine Kundgebung einberufen. Die überfüllte Versammlung nahm in der Hauptsache Stellung zu dem bekannten Spargutachten des Wirtschaftsprüfers Dr. Eicke, das eine scharfe Zentralisation der Verwaltung in Gelsenkirchen vorsieht. Die Parole „Los von Gelsenkirchen!" wurde mit Beifall aufgenommen. In einer Entschließung wird der Einwohnerausschuß aufgefordert, beim Preußischen Landtag die Ausgemeindung von Buer und die Wiederherstellung der Selbständigkeit der Stadt Buer zu beantragen.

Folgenschwerer Autozusammenstoß.

Oberhausen, 10. Jan.

In Sterkrade fuhr ein holländischer Lieferkraftwagen einem städtischen Omnibus mit solcher Wucht in die Flanke, daß der Omnibus umschlug. Führer und Schaffner sowie die sieben Insassen des Autobusses wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Der Führer des holländischen Lieferkraftwagens starb kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus.

Feuer im Hotel

Nächtlicher Brand in Brühl.

Brühl, 11. Jan.

Nachts brach im Hotel Belvedere, das früher zu den Wirtschaftsgebäuden des Schlosses gehörte, Feuer aus. Der Brand wurde zuerst von Nachbarn bemerkt, die durch das Einschlagen von Fenstern die im tiefen Schlafe liegenden Bewohner wecken mußten. Die anrückende Brühler Feuerwehr fand den Dachstuhl des großen Mittelgebäudes in hellen Flammen und hatte große Mühe, das Feuer, das an dem 200 Jahre alten Gebälk reiche Nahrung fand, auf seinen Herd zu beschränken. Da

infolge des starken Windes

sich ein dichter Funkenregen auf die Umgebung ergoß, war die Herbeirufung eines Kölner Löschzuges erforderlich. Aus dem gleichen Grunde ordnete die Polizei die Räumung der angrenzenden Wohnungen an. Den vereinigten Wehren gelang es, des Feuers Herr zu werden. Das Ablöschen kleiner Brandnester und die Aufräumungsarbeiten dauerten bis Mittag an.

Hessischer Protest

Der Kampf um die Reichswasserstraßendirektion.

Mainz, 10. Jan.

Die Industrie- und Handelskammer Mainz hat als Vorort des hessischen Industrie- und Handelskammertages im Hinblick auf die Bestrebungen, den Sitz der Reichswasserstraßendirektion nach Koblenz zu verlegen, ein Telegramm an den Reichsverkehrsminister gerichtet, in dem gegen die Versuche protestiert wird, die aus sachlichen Gründen in dem Gesetzentwurf vorgesehene Errichtung der Reichswasserstraßendirektion in Mainz zu verhindern. Die Lage von Mainz sei geographisch die günstigste. Die Zukunftsaufgaben auf dem Gebiete des Ausbaues des Rheines liegen an Ober- und Mittelrhein. Der trotz dieser sachlichen Gründe aufgestellten Behauptung, daß diese Behörde nur auf preußischem Gebiet ihren Sitz haben könne, müsse auf das nachdrücklichste als vollkommen abwegig entgegengetreten werden.

In gleichem Sinne sind auch der Verband der hessen-nassauischen Industrie- und Handelskammern, der Badische und Württembergische Industrie- und Handelstag vorstellig geworden.

Die Faust der Fremdherrschaft

Unerhörte Drangsalierungen der Saarbergleute.

Saarbrücken, 9. Jan.

Auf einer Sicherheitsmänner-Konferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, Bezirk Saar, berichtete Bezirksleiter Lenhart über die Verhältnisse auf den Saargruben. Durch die gewaltige Wirtschaftskrise befinde sich der Bergbau in einer Lage wie nie zuvor. Hinzu kämen noch die vielen Drangsalierungen, die sich die Bergleute bieten lassen müßten, weil es bei der französischen Grubenverwaltung Menschen gebe, die neben der wirtschaftlichen Ausbeutung der Gruben auch noch politische Geschäfte machen wollten. Die Zustände auf den Saargruben

spotteten jeder Beschreibung.

Die Bestrafungen auf den einzelnen Schachtanlagen seien in den letzten Monaten gestiegen. Viele Aufsichtspersonen kürzten dem Bergmann das Einkommen durch rücksichtslose Bestrafung. Dagegen könne man immer wieder feststellen, daß Saarbündler und andere Lieblinge der Grubenverwaltung eine Ausnahmestellung einnehmen und ihnen bei Feierschichten Gelegenheit gegeben werde, zu arbeiten. Von einer gerechten Behandlung könne nicht die Rede sein. — Mit Entrüstung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierungskommission durch ihre Notverordnung betreffend die sozialen Einschränkungen die Pensionsempfänger abbaue, ohne aber dafür zu sorgen, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung eintrete.

Turnen - Spiel - Sport

Bezirksturntag des 4. Bezirks am kommenden Sonntag in Burscheid

In der Wirtschaft Lungstraß in Burscheid, Hauptstraße, findet am kommenden Sonntag der Bezirksturntag des 4. Bezirks statt. Derselbe beginnt mittags um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Begrüßung, Gauturntag, Veranstaltungen, Vortrag des Gauoberturnwarts, Wahlen, Verschiedenes. Die Vereine des 4. Bezirks werden gebeten, ihre Abgeordneten zu dem Turntag zu entsenden.

Gauturnfest in Leichlingen?

Da sich bisher um das Gauturnfest des niederbergischen Turngaues (Deutsche Turnerschaft) kein Verein beworben hat, ist der Vorstand an den Leichlinger Turnverein herangetreten, sich zur Uebernahme des Festes bereit zu erklären. Der Leichlinger Turnverein hat sich bis zur Klärung verschiedener Fragen die Entscheidung vorbehalten. Es ist aber wahrscheinlich, daß der Gautag, der in vierzehn Tagen in Bergisch Neukirchen stattfindet, demgemäß beschließen wird. Schwierigkeiten in technischer und organisatorischer Hinsicht bestehen nicht, da vor drei Jahren das in Leichlingen abgehaltene Gaufest einen ausgezeichneten Verlauf genommen hat.

Dortmunder Sechstagerennen

Die vierte Nacht des 7. Dortmunder Sechstagerennens dürfte vielleicht die Entscheidung gebracht haben, obwohl die Jagden nicht immer im Zeichen ernster Kämpfe standen. Vor allem in den Stunden von 21 bis 23 Uhr gab es fast ausschließlich reine Rundenspielereien, die schließlich den Wettfahrausschuß zum Eingreifen veranlaßten. Ein Teil der Rundengewinne wurde nicht anerkannt und verschiedentlich Geldstrafen wegen Nichtnachsetzens ausgesprochen. Während dieser Zeit hatten Schön-Göbel ihre führende Position behaupten können. Von Mitternacht bis 1 Uhr gab es dann anhaltende Jagden, die im Zeichen überaus erbitterter Kämpfe standen. Zum Schluß beherrschten die Holländer van Kempen-Pijnenburg die Situation und konnten sich mit Rundenvorsprung allein an die Spitze des Feldes setzen. Die Spurts der 2-Uhr-Wertung wurden nacheinander von van Kempen, Dinale, Meier, Oszmella, Schön, Linari, Bopel, Maidorn, van Kempen und Pijnenburg gewonnen. Bei den beiden eingelegten Tempowertungen waren van Kempen-Pijnenburg und Rausch-Hürtgen am erfolgreichsten. Sonst ereignete sich in den restlichen Nachtstunden nichts mehr.

Der Stand des Rennens bei Eintritt der Neutralisation um 6 Uhr heute Morgen war folgender:

1. van Kempen-Pijnenburg 180
   1 Runde zurück:
2. Schön-Göbel 163
3. Dülberg-Tietz 94
4. Charlier-Deneef 75
   2 Runden zurück:
5. Rausch-Hürtgen 181
6. Linari-Dinale 125
7. Kroll-Maidorn 86
   3 Runden zurück:
8. Wambst-Broccardo 25
   4 Runden zurück:
9. Pützfeld-Meier 71
   5 Runden zurück:
10. Rieger-Schenk 70
    7 Runden zurück:
11. Manthey-Oszmella 122
    13 Runden zurück:
12. Bopel-Korfsmeyer 88.

Zurückgelegt waren 2120,200 Kilometer.

Wie Feuer und Wasser.

Saarbrücken, 10. Jan. Der Turnverein Schaffhausen-Saar setzte sich in seiner Hauptversammlung nachdrücklich mit dem Saarbund auseinander, dem der schärfste Kampf angekündigt wurde. Sollte festgestellt werden, daß irgendein Mitglied dem Saarbund heimlich angehöre, so erfolge ohne weiteres sein Ausschluß. Deutsche Turnerschaft und Saarbund trennten sich wie Feuer und Wasser. Die Versammlung gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle deutschen Vereine und Verbände im Saargebiet in ihren Reihen keinen Sonderbündler duldeten.

Albertus Magnus

Der Inhalt der päpstlichen Bulle.

Rom, 12. Jan.

Die päpstliche Bulle über die Heiligsprechung Albertus Magnus' und seine Ernennung zum Doktor der römischen Kirche ist datiert vom 16. Dezember 1931 und unterzeichnet vom Papst als Bischof der katholischen Kirche, von Kardinal Frühwirt als Kanzler der römischen Kirche und von Kardinal Laurenti als Präfekten der Riten-Kongregation. Die Bulle beginnt mit dem

Lebenslauf Alberts des Großen.

Erwähnt wird darin u. a. auch der ent-

scheidende Anteil, den Albertus Magnus an der Einsetzung Rudolfs von Habsburg durch Papst Gregor X. hatte. Die Bulle behandelt sodann die vielseitigen Kenntnisse Albertus Magnus' auf dem Gebiete der Theologie, der Scholastik, der Astronomie, Kosmographie, Meteorologie, der Physik, Mechanik, Architektur, Chemie usw., sowie seine

Arbeiten über die aristotelische Philosophie.

Die Bulle zählt die Päpste auf, die von Innozenz VIII. bis zum gegenwärtig regierenden Papst, von Köln und Regensburg ausgehend, das Gebiet, in dem ein besonderer Kultus für Albertus Magnus gestattet war, immer weiter ausdehnten, bis es ganz Deutschland und auch Rom erfaßte. Die Bulle behandelt schließlich Albertus Magnus als Friedensfürsten, dessen Beispiel

die sehnsüchtig auf Frieden harrende Gegenwart

aufmerksam verfolgen sollte. Alle sollten vertrauensvoll zu Albertus Magnus aufsehen, der in seinem Leben Zwistigkeiten sowohl zwischen Städten und Fürsten, als auch Völkern und einzelnen Personen geschlichtet habe. Nach Bearbeitung des Heiligsprechungsprozesses durch die Riten-Kongregation und Anhörung des Berichtes des Kardinals Oyrle als Ponens der Angelegenheit und der Vorträge der zuständigen Prälaten ordnet der Papst sodann auf Grund seiner apostolischen Autorität durch die Bulle an, daß das Fest des Heiligen Albertus Magnus mit Offizium und Messe von der gesamten katholischen Kirche am 24. November, seinem Geburtstage, zu feiern sei.

*

Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat an den Papst ein Telegramm gesandt, in dem er dem Dank und der Freude der Stadt Köln über die Heiligsprechung Alberts des Großen Ausdruck gibt.

Vom Lebensmittelmarkt

Essen, 12. Jan.

Der Kartoffelmarkt zeigte, wie erwartet, keine nennenswerten Veränderungen. Das Geschäft verlief nach Einsetzen wieder offenen Wetters bei ausgeglichener Zufuhr und Nachfrage ruhig. Neben dem sehr abgabewilligen rheinischen Oberland lagen auch wieder Angebote aus Mitteldeutschland und vereinzelt von Hannover-Altmark vor. Eine gewisse Belebung brachte die erneute gute Nachfrage seitens Englands, die aber wegen des schlechten Wetters nicht ganz befriedigt werden konnte. Für Saatkartoffeln (Industrie und namentlich die knapp angebotenen deutschen Erstlinge) zeigte sich größeres Interesse. Die Kartoffelpreise haben sich seit Weihnachten, wie erwartet, kaum geändert und dürften bei Anhalten der milden Witterung ihren gleichmäßigen stetigen Stand beibehalten. Nur vereinzelt wurden letzte Woche 5 bis 10 Pfennig je Zentner mehr durchgeholt. Die Preise beliefen sich für Industrie fr. Ruhrst. von Hannover-Altmark auf 2,90 bis 3 Reichsmark, schwankten von Thüringen-Magdeubrg zwischen 2,75 bis 2,85 und vom rheinischen Oberland zwischen 2,75 bis 2,95 Reichsmark. Julinieren waren zu 3,85 bis 3,90 Reichsmark, vereinzelt 4 Reichsmark, verschiedentlich besser gefragt. Für unsortierte weiße Feldkartoffeln bestand bei nicht ausreichendem Angebot sehr rege Nachfrage.

Auf dem Gemüsemarkt

brachte das milde Wetter wieder größere Zufuhren und eine Preisabschwächung für die meisten Gemüsearten. Das Kopfkohlgeschäft konnte sich allerdings dank der weiterhin geringen Anlieferung im großen und ganzen behaupten. Rosen- und Grünkohl waren nach leichter Erholung wieder gedrückt. Itl. und franz. Blumenkohl mußte nach einer erheblichen durch die zurückgegangene Anlieferung bedingten Preiserhöhung während der Frostperiode letzthin wieder etwas nachgeben. Französischer Kopfsalat hatte durch die Kälte gelitten und ging nur langsam ab. Feldsalat mußte bei starkem Angebot wieder nachgeben, während Endiviensalat dank allmählichem Rückgang der Zufuhr weiter fest lag und allem Anschein nach auch bleiben wird. Spinat fand schlechten Absatz. Wurzelgemüse hatte ein ruhiges Geschäft. Der Zwiebelmarkt konnte sich angesichts der knappen Vorräte befestigen.

Das Obstgeschäft

verlief sehr ruhig. Die Zufuhren von Aepfeln haben etwas nachgelassen. Falls die Nachfrage wieder stärker wird, ist eine leichte Preisbefestigung in den nächsten Wochen nicht ausgeschlossen; allerdings dürfte sich diese infolge der noch beträchtlichen Lagerhaltung nur ganz allmählich auswirken. Birnen wurden bei knappem Angebot wenig gefragt. Das Apfelsinengeschäft war wegen kleinerer Anlieferungen bei vorläufig noch gleicher Preislage etwas freundlicher gestimmt. Der Verbrauch hat nach der Festzeit gleichfalls etwas nachgelassen. Tafeltrauben fanden schleppenden Absatz.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Der Herr von Chicago

KRIMINAL ROMAN

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER IN WERDAU

40

Auch seine Stimme hatte er gepflegt. Er wußte, daß es sogenannte unpersönliche Stimmen gibt, die keinerlei Eigenart an sich haben, und die man sich späterhin absolut nicht mehr vorstellen konnte.

Jahrelang hatte er an seiner Stimme gearbeitet, hatte sich eine absolut eigenartlose Dienststimme angewöhnt.

Das alles kam ihm zugute.

Nun arbeitete er zusammen mit Bebberley.

Der Inspektor weihte ihn in alles ein.

Er glaubte, daß Halewys George war, aber bald war er wieder irre geworden und dachte schon, daß George seinen Plan geändert habe

Aber nach fünf Minuten sagte plötzlich Halewys: „Meine Maske ist gut, Bebberley. Stimmt es?"

Nun fiel der dicke Inspektor aus den Wolken

„Sie sind es wirklich!"

„In persona," lieber Freund. Aber jetzt nicht aufhalten. Ich habe wenig Zeit. Berichten Sie. Daß die Verbrecher Chicagos wieder unerhört aktiv sind, das habe ich bereits gelesen und erfahren. Aber wir schlagen sie aufs Haupt, Bebberley, das sage ich Ihnen. Ich bin Silver auf der Fährte."

Bebberley riß die kleinen Aeuglein weit auf, und grenzenloser Respekt war in seinen Worten, als er sprach, atemlos erregt: „Sie sagen Silver?"

„Ja! Und damit Sie im Bilde sind, wenn mir etwas Menschliches passiert, hören Sie. Ich will Ihnen alles erzählen."

Bebberley hörte zu, und bei jedem Worte wuchs die Hochachtung vor dem Manne, der in der ruhigsten, beinahe gleichgültigen Weise über das schwerste Erlebnis seines Lebens berichtete.

Der Inspektor zitterte, als er hörte, in welcher Gefahr sich George befunden hatte.

George beendete seinen Bericht

„So, Sie wissen Bescheid, Bebberley. Ich jage Silver weiter. Heute nehme ich mir den Jonathan vor. Will mal sehen, was sich erreichen läßt. Jetzt berichten Sie! Zunächst, was macht Jörns?"

„Ich kann Ihnen eine gute Nachricht melden!" sagte Bebberley voll Freude. „Ich sprach vor zwei Stunden mit dem Krankenhause, und man ist dort der Meinung, daß Jörns über den Berg ist. Allerdings wird es Monate dauern, ehe er wieder als gesunder Mensch vor uns steht. Sie wissen, daß der Schuß die linke Lunge getroffen hat. Ganz der alte wird Jörns nicht mehr werden."

„Gottlob!" entgegnete George aus tiefstem Herzen heraus. „Ich hatte mein Leben lang nicht wieder froh werden können, wenn Jörns gestorben wäre. Aber er muß fort von hier. Bebberley, fahren Sie selbst nachher nach dem Krankenhaus und sprechen Sie mit den Aerzten. Vielleicht kann er mit dem Flugzeug nach Florida abtransportiert werden, daß er sich gründlich kuriert. Ferner sorgen Sie dafür, daß er immer von mindestens zwei Wächtern umgeben ist. Sein Leben ist heute noch in Gefahr."

„Das ist jetzt der Fall. Drei Mann bewachen ihn ständig."

„Das soll auch in Florida so bleiben."

„Gewiß, Mr. George. Haben Sie im Eden Neues erfahren?"

Georges Miene wurde hart.

„Ich hoffe, bald den Mörder Mac Millans zu stellen."

„Sie haben Anhaltspunkte?"

„Ja! Oskot ist mit im Spiel."

„Als Mörder . . . oder Mitwisser?"

„Als keins von beiden wahrscheinlich. Anscheinend hat dieser große Erpresser nur etwas kühner kombiniert und damit den Schlüssel gefunden. Oskot ist ständig unter Bewachung."

„Wer ist der Mörder?"

George sah Bebberley, den getreuen Kameraden, lange an und sagte dann leise: „Wer . . . das weiß ich noch nicht, Bebberley, aber . . . Mrs. Millans weiß es wahrscheinlich."

Bebberley fuhr entsetzt hoch.

„Mac Millans junges Weib?"

„Ja . . das junge, zarte, hilflose Wesen!"

Schwer atmete George und er sah starr vor sich hin.

„Mr. George, es geht Ihnen nahe?"

„Nein!" rief George laut, mit Haß im Gesicht. „Es geht mir nicht nahe. Nichts geht mir nahe. Was finge ich mit einem Herzen an in diesem Kampfe mit den erbarmungslosen Teufeln? Wer auch schuld an Mac Millans Tode ist, und wäre es mein bester Freund: ich würde ihn erbarmungslos dahin bringen, wohin er gehört, auf den elektrischen Stuhl."

Erregt schritt er im Zimmer auf und ab.

Dann wandte er sich wieder Bebberley zu.

„Bebberley, ich bin ein einfacher, nüchterner Mensch. Ich habe vor nichts auf der Welt Bangen. Ich kenne das, was die Menschen Furcht nennen, nicht, weil ich weiß, daß alle Sünde nur von den Menschen kommt. Ich war nie beschwert mit hemmenden Empfindungen. Ich hatte immer Gewalt über meine Sinne, über meine Gedanken, aber . . . eines vermag ich nicht: Ich kann Mac Millans grauenvolles Totenantlitz nicht vergessen. Immer erscheint es mir. Immer fordern mich die gebrochenen Augen auf: „Räche mich . . ., räche deinen Vater!"

Die Augen der Männer begegneten sich.

„Ja, Bebberley! Das Leben schreibt Romane, und kein Schriftsteller der Welt kommt mit. Sehen Sie mich nicht so erstaunt an, ich bin Mac Millans verschleppter Sohn. Ja, ich bins, ich, der nie wußte, wer sein Vater und seine Mutter waren. Mein Pflegevater enthüllte mir die grausame Wahrheit. Immer stand ich im Kampfe, hart wurde alles in mir, und man ist doch schließlich auch ein Mensch, der Sehnsucht in sich hat, einmal froh . . . nur ein einziges Mal froh zu werden. Wenn ich durch die Stadt streife, Bebberley, und komme über die Plätze, gehe zwischen spielenden, lachenden Kindern, dann bricht aller Haß aus mir. Ich habe nie . . . nie gelacht. Ich war nie ein beglücktes, spielendes Kind. Ich bin wie der Wolf, der, als Jäger geboren, sein Leben lang hetzen und jagen muß."

Inspektor Bebberley stand stumm. Er war im tiefsten Herzen erschüttert von der Beichte des Mannes und fühlte, wie George Qualen litt.

Heliane!

Er wußte nicht, wie George innerlich zu ihr stand oder gestanden hatte, aber das fühlte er, daß er unter der furchtbaren Tatsache, daß sie von dem Mörder mußte, entsetzlich litt.

War es aus Liebe, oder quälte ihn die Schmach, sein Herz für kurze Zeit einem Wesen zugewandt zu haben, das vielleicht an dem Morde seines Vaters mit schuldig war?

Er suchte nach ein paar Worten, aber ein jedes schien ihm leeres Geplapper. Was taten Worte, wenn der leidende Mensch in Robert George nicht merkte, daß man innerlich mit ihm fühlte? Und das vermochten Worte nicht zu sagen.

* * *

Der Herr von Chicago

KRIMINAL ROMAN

VON WOLFGANG MARKEN

Bestellen Sie bei unseren Zeitungsboten oder in der Geschäftsstelle die Buchausgabe des vorzüglichen Romans

An dem Tage, da Benn am Krankenbett des braven Betriebsleiters Kramer weilte und sich erfreute an seiner anhaltenden Genesung, kam auch noch ein anderer Gast: Oberinspektor Halewys, der sich im Namen der Polizei erkundigte, wie es Kramer ging.

Kramer, der sehr, sehr schlank geworden war, schien hocherfreut und plauderte in Gemeinschaft mit Benn lange mit dem Oberinspektor.

Sie erkannten Halewys nicht.

* * *

Benn hatte ein Riesenpensum von Arbeit zu erledigen.

Er fuhr von einem Werk zum anderen, denn jetzt hatte er auch noch die Leitung von Willingtons Fleischwerken in den Händen.

Mr. Willington war guter Dinge, daß er Mr. Towler ein solches Schnippchen geschlagen hatte. Er sah, wie Benn schuften mußte, und bot sich selber an, mit zu helfen. Gern nahm Benn an, und er hatte in dem alten Willington einen glänzenden Helfer.

Auch Mady Hooge, die jetzt von ihrem Vater in Ruhe gelassen wurde, war Benn eine prächtige Helferin geworden.

Die Millionärstochter zeigte, daß Kern in ihr war. Sie arbeitete mit Lust und Liebe, und ein dankbares Wort von Benn beglückte sie unaussprechlich.

Sie hatte die menschlichen Qualitäten ihres Chefs schätzen gelernt.

Er war der Chef in jedem Zoll und doch Mensch bis in die letzte Faser. Er hörte jeden Arbeiter an, ging berechtigten Klagen und Wünschen nach und tat, was er konnte.

Sein Arbeitseifer war ungeheuer, und seine Leistung nicht minder.

Er hatte eine fabelhafte Gabe, die Arbeit zu organisieren, und seine bewunderungswürdige Ruhe steckte an.

Die Arbeiterschaft ging geschlossen mit ihm.

Susanne Lindquist war ihm gleichfalls eine der wertvollsten Mitarbeiterinnen geworden. Sie genoß auch das unbeschränkte Vertrauen Kramers, und ihr vertraute er auch seine Würzgeheimnisse an. Sie war den ganzen Tag damit beschäftigt, die Würzen zu bereiten. So groß das Werk war, so bestand doch die Tatsache, daß der Betriebsleiter das Würzgeschäft zum größten Teil allein durchgeführt hatte.

Mac Millans Wurst war berühmt in ganz Amerika.

Susanne Lindquist hatte sich mehrmals bei Benn nach dem Befinden Georges erkundigt, und sie fühlte sich beglückt, als sie erfuhr, daß er über dem Berg sei.

Susanne wohnte jetzt mit Mady und Miß Cavellyn und Benn, sowie dem braven Bökkel zusammen. Bökkel war untröstlich, daß er nicht mehr mit George sprechen konnte.

Benn hatte niemand eingeweiht, daß George mobil und munter war, sondern ließ alle bei dem Glauben, daß George krank niederliege.

* * *

Am nächsten Morgen.

George-Halewys war im Dienst, nachdem er erst die Platten aus dem Eden hatte spielen lassen. Die Verbrechergilde hatte wieder eine Sitzung gehabt, und George war glücklich, daß er von verschiedenen Unternehmungen Kenntnis erlangt hatte.

Er gab entsprechende Dispositionen.

Dann kam er mit Bebberley auf die einzelnen Ereignisse der letzten Nacht zu sprechen, nachdem er den Rapport der Inspektoren abgenommen hatte.

Nachdem alles erledigt war, sagte Bebberley, der privat ein großer Sportsmann war, zu George: „In acht Tagen findet doch der große Meisterschaftskampf statt."

„Ja, zwischen Praksy und Dubois. Wer wird nach Ihrer Meinung siegen? Ich halte Dubois für besser."

„Dubois ist besser, zweifellos. Bin diese Tage bei einem Sparringskampf zugegen gewesen. Fabelhafte Technik. Er ist fixer als Praksy. Aber man sollte den Kampf verbieten, denn Dubois wird k. o. geschlagen."

„Warum nehmen Sie das an, Bebberley?" fragte George interessiert. „Ist eine unfaire Sache im Gange?"

„Praksy wird siegen . . . nicht durch sich, sondern weil seine Clique mit Towler an der Spitze Dubois vorher kaputt macht."

„Wie soll ich Sie verstehen?"

„Man hat die schönsten Weiber von Chicago auf ihn gehetzt. Man entnervt den Mann. Scheinbar schmeichelt man ihm, feiert ihn jetzt schon als Sieger. Dubois hat mehrere Liebesverhältnisse laufen. Sein Manager ist entsetzt. Aber jeder Einspruch nützt nichts. Dubois lacht ihn aus und fühlt sich so kräftig wie noch nie. Hat aber keine Kraft mehr im Schlag. Systematisch hat man in den Wochen, die er in Chicago weilt, alles daran gesetzt, um ihn kaputt zu machen."

Glänzend! Das wundert mich ja eigentlich nicht, denn was geht bei uns in Chicago noch fair zu? Ueberall die verfluchte Schiebung."

„Mr. George, verbieten Sie den Kampf."

„Will mir's überlegen. Aber Sie nannten vorhin Towler. Was wollten Sie damit sagen?"

„Man munkelt, daß er vier Millionen auf Praksy angelegt hat."

George erhob sich überrascht.

„Ah, jetzt kriegt die Sache einen geldlichen Untergrund. Der muß ja immer dabei sei. Sieh einer an . . . der brave Towler!"

„Der brave Towler!" polterte Bebberley heraus. „Der ist alles andere denn das. Wissen Sie, Mr. George, daß Towler auch seine Hand mit im Spiele hatte, als Alf geschlagen wurde? Das bedarf für mich keiner Erklärung mehr. Towler, so korrekt er nach außen ist . . . hol mich der Satan . . . ich glaube nicht, daß er es immer in seinen geldlichen Transaktionen ist."

„Möglich!" entschied George. „Sein Vater war es auch nicht."

„Sein Vater! Stimmt, im Konkurrenzkampf der Rücksichtsloseste."

„Ja!" Georges Brust spannte sich, und er atmete schwer: „Ich habe persönlich mit Peter Towler noch eine kleine Abrechnung . . . denn er war es, der das Kind den Eltern nahm, der mich beinahe heimtlos aufwachsen ließ."

„Peter Towler?" Bebberley wollte seinen Ohren nicht trauen.

„Ja! So schroff wurde der Konkurrenzkampf durchgeführt, daß sich Peter Towler nicht scheute, verbrecherische Mittel anzuwenden. Hinter den Mordanschlag auf Mac Millans und dessen Angehörige dürfte Peter Towler stecken."

„Das ist ja fürchterlich! Und läßt sich der Nachweis erbringen?"

George schüttelte den Kopf. „Nein!"

„So wird er dafür ohne Strafe sein?"

„Das . . . wird sich finden. Ich halte seinen Sohn für weniger schlecht. Daß er in geldlichen Dingen auch sehr unkorrekt sein kann, du lieber Himmel, das sind ja die meisten, die zu Geld gekommen sind. Schreiben Sie eine Geschichte der amerikanischen Vermögen, und Sie schreiben damit gleichzeitig eine Geschichte des Betrugs. Ich sage Ihnen eins, Bebberley: Ein Fluch liegt auf unserem Lande, der Fluch, der einst von den roten Männern ausgesprochen wurde. Amerika ist das Land ohne Seele geworden."

„Wohl wahr, Mr. George. Haben Sie übrigens schon die sensationellen Enthüllungen über Waterbeacher und sein Unternehmen gelesen?"

„Bin noch nicht zu den Zeitungen gekommen. Zeigen Sie her, oder erzählen Sie!"

„Man wirft Waterbeacher vor, daß er sich die Hilfe der Verbrecherwelt im Konkurrenzkampfe gegen Towler und wohl auch andere Unternehmen der Fleischindustrie gewinnen wollte, man wirft ihm ferner unsaubere Zubereitung in seinem Betriebe vor. Es soll da nicht alles richtig zugegangen sein."